

Wache Nord

**abschaffen statt
neubauen**

**Geschichte,
Gegenwart
und Alternativen
zur Polizei in der Nordstadt**

Ein Reader von Defund the Police – Dortmund

Herausgegeben von

Defund the Police – Dortmund

Druck und Produktion von

Unterdruck

Auflage

500 Stück

Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
Imaginationen flächendeckender Ordentlichkeit	4
Neue Wache Nord	10
Polizieren und die Auswirkungen auf das Leben in der Nordstadt	11
Kameras in der Nordstadt	14
Erfahrungen mit der Wache Nord	16
Zeitstrahl	18
Taser töten	20
Staatsgewalt gegenüber armen und wohnungslosen Menschen hat System und Geschichte	22
Polizeinarrative und solidarische Gegenöffentlichkeit – Bericht zum aktuellen Prozess am Dortmunder Landgericht	26
Krisendienst statt Polizeieinsatz	29
Abolitionismus	31
Transformative Gerechtigkeit als praktische Alternative zur Polizei	33
Unsere Forderungen	36
Einzelfall	37

Editorial

Der Wache in der Dortmunder Nordstadt, deren Beamt*innen 2022 einen traumatisierten Jugendlichen erschossen hatten, wurde 2023 eine Umquartierung in ein neues Hochhaus in Aussicht gestellt. Bevor der moderne Neubau die Erinnerung trübt, wollen wir einen Blick zurück auf die Geschichte dieser Polizeiwache werfen, um dann aktuelle Praktiken zu beschreiben. Nach einem Bericht vom Prozess gegen die Cops gehen wir näher auf den Einsatz von Kameras und Tasern und den Umgang mit Wohnungslosen in Dortmund ein. Aus unterschiedlichen Perspektiven dokumentieren wir die Erfahrungen mit der Exekutivgewalt. Schließlich lassen wir uns von dem bevorstehenden Auszug der Nordstadt-Wache zu der Frage inspirieren, wie eine Welt ohne Polizei aussehen könnte – etwa mit einem Krisendienst – die den Bedürfnissen der Menschen eher entspricht. Eine abolitionistische Welt, in der Ansätze wie Transformative Gerechtigkeit dazu beigetragen haben, dass die neue Polizeiwache längst zu einem Lost Place geworden sein wird.

Vor etwa zehn Jahren protestierten Menschen Klobürsten schwenkend gegen die Praxis der Hamburger Polizei, sogenannte Gefahrengebiete einzurichten, um Menschen auf der Straße anzuhalten und ihre Rucksäcke zu durchsuchen, wobei sogar gefundene Klobürsten protokolliert wurden. 2015 stellte ein Gericht fest, dass es dieser Art von Kontrollen an einer Rechtsgrundlage fehle. In den folgenden Jahren wurde der Begriff der Gefahr wiederholt bemüht, um die Befugnisse der Polizei auszuweiten. Dadurch wird es zunehmend aufwändiger, ihren Missbrauch zu belegen, und für die Polizei noch einfacher, ihr Vorgehen ohne juristische Klimmzüge zu rechtfertigen.

Ab 2017 wurden viele Neuerungen in Polizeigesetzen eingeführt: Staatstrojaner auf internetfähigen Geräten, zusätzliche Videoüberwachung in den Städten, strategische Fahndungen, längerer Polizeigewahrsam, Aufenthaltsvorgaben und -überwachung und Taser. Um von diesen Eingriffsmöglichkeiten betroffen zu sein, muss jemand zumeist keine Straftat begangen haben und auch keine konkrete Gefahr dafür bestehen. In Dortmund ordnet die Polizeibehörde seitdem immer wieder für die sogenannten „gefährlichen Orte“ die strategische Fahndung an. Dort dürfen dann Menschen verdachtsunabhängig kontrolliert werden. Es ist hier noch schwieriger, Racial Profiling nachzuweisen, weil die Polizei keinen Verdachtsgrund benennen muss.

Das Versammlungsgesetz von 2022 erleichtert der Polizei, Daten von Teilnehmer*innen zu sammeln, sie in Bild und Ton zu überwachen, ihre Identität festzustellen und sie zu durchsuchen. Nicht nur bei antifaschistischem Gegenprotest und der Klimagerechtigkeitsbewegung wurden die polizeilichen Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten ausgeweitet; gerade marginalisierte Gruppen sind wie so oft in besonderem Maße polizeilicher Willkür ausgesetzt und nehmen so mitunter davon Abstand, eine wichtige Kundgebung zu organisieren oder daran teilzunehmen.

Die Beschäftigung mit dem Thema sensibilisierte aber auch für die unterschiedlichen, gemeinsam zu denkenden Formen der Betroffenheit von Repression: Viele Menschen, die sich aktiv politisch engagieren, und vor allem Minderheiten erleben bei Begegnungen mit der Polizei Versuche, sie zu verunsichern und zu vereinzeln.

Bereits in den Achtzigern machten es sich (nicht nur) in Dortmund Initiativen zur Aufgabe, die Öffentlichkeit über Polizeiübergriffe zu informieren. Nach dem Mord an George Floyd 2020 lebte die Diskussion über Polizeigewalt auch in der breiteren Öffentlichkeit wieder auf. Einer wachsenden Zahl Menschen wurde in den letzten Jahren bewusst, dass nach Alternativen zu Kontrollen und Gewalt durch die Polizei gesucht werden muss. Einschlägige Literatur, wissenschaftliche Studien und Vorträge erweitern und vertiefen die Grundlagen für diese Diskussionen.

Neue Eindrücke und Denkanstöße wünscht

Defund the Police Dortmund

Imaginationen flächendeckender Ordentlichkeit

Lokalgeschichtliche Beobachtungen zu einer polizeilichen Fantasie

1 Vgl. Dortmunder General-Anzeiger vom 08.04.1931, abgedruckt in: Stadtarchiv Dortmund (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945. Katalog zur ständigen Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, 2. Auflage, Dortmund 2002, S. 14.

2 Polizeipräsidium Dortmund: Pressemitteilung vom 05.10.2023, online unter: <https://dortmund.polizei.nrw/presse/das-warten-hat-ein-ende-endlich-ein-neubau-fuer-die-polizei-in-der-nordstadt>

In seiner Ausgabe vom 8. April 1931 widmete sich der Dortmunder General-Anzeiger in einem Beitrag ausführlich dem neu eröffneten Polizeigefängnis in der Steinstraße in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs. Die der Sozialdemokratie nahestehende Tageszeitung lobte die am Rande der Nordstadt gelegene Haftanstalt als eine der „modernsten“ in Deutschland. Der mit Fotos illustrierte Artikel hob hervor, dass jede Zelle über ein „eigenes Klosett“, eine „Warmwasserheizung“ und „elektrisches Licht“ verfüge. Die Einrichtung sei daher ein Musterbeispiel für humanen Strafvollzug. Der Beitrag endete mit der Forderung, dass „alle Polizeigefängnisse [...] dem vom Dortmunder Polizeipräsidium beschrittenen Weg folgen“ sollten. 1

Zwischen Reformpostulaten und architektonischer Machtdemonstration – Die Steinwache

Wie der Umgang mit Inhaftierten in der Steinwache am Beginn der 1930er Jahre tatsächlich aussah, lässt sich kaum mehr rekonstruieren. Die umfangreiche, durchweg positive Berichterstattung über die „Steinwache“ war das Resultat professioneller, vom Dortmunder Polizeipräsidium bzw. vom preußischen Innenministerium betriebener Öffentlichkeitsarbeit, die die Eröffnung des Polizeigefängnisses dazu nutzte, die Arbeit, die Strukturen und die Ausstattung der Behörde als besonders modern und bürger*innenfreundlich darzustellen. Der Gebäudekomplex an der Steinstraße sollte zweierlei zum Ausdruck bringen: Zum einen die Reformpostulate des sozialdemokratisch geführten preußischen und Dortmunder Polizeiapparats, deren Protagonisten immer wieder

dessen angebliche „Volksnähe“ im Gegensatz zur durchweg autoritären Staatsmacht des 1918 zusammengebrochenen Kaiserreichs hervorhoben. Zum anderen sollte der kompakte Neubau unverkennbar die Autorität und die Wehrhaftigkeit des Staates und seiner Institutionen auch architektonisch verkörpern – nicht zuletzt durch dessen Lage am Rande der Nordstadt, an die sich schon damals stigmatisierende und rassistische Zuschreibungen und Narrative gegenüber der Bevölkerung knüpften.

Der Gefängnisneubau grenzte unmittelbar an die bereits seit 1906 bestehende Steinwache, die in einem wuchtigen, festungsartig anmutenden vierstöckigen Gebäude residierte, das heute von der Auslandsgesellschaft genutzt wird. Das ehemalige Polizeigefängnis

firmiert seit 1992 als Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Mindestens 66.000 Menschen wurden während der Zeit des Nationalsozialismus in das Gebäude verschleppt. Viele von ihnen mussten dort massive Übergriffe und Misshandlungen durch Gestapo und Ordnungspolizei erleiden. Nicht ohne Grund wurde die Steinwache von Verfolgten des NS-Regimes als „Hölle Westdeutschlands“ bezeichnet. Bemerkenswert waren indessen die räumlichen und funktionalen Kontinuitäten, die den im Zweiten Weltkrieg nahezu unversehrt gebliebenen Gebäudekomplex nach 1945 kennzeichneten. Das Polizeigefängnis wurde nahezu bruchlos weiter genutzt, bis es im Jahr 1958 im Polizeipräsidium in der Markgrafenstraße einen neuen Standort fand. Die Polizeiwache Nord residierte noch bis 1976 in dem wilhelminischen Verwaltungsbau, bevor sie in die Münsterstraße verlegt wurde.

³ <https://www.echt-nordstadt.de/akteure/85-polizeiwache-nord.html>
iccaldate=2022-11-1

⁴ Neben der in diesem Satz vorgenommenen pauschalen Zuschreibung ist allein schon der genutzte Begriff rassistisch aufgeladen. Der Begriff wurde in der Kolonialzeit in abwertender Perspektive verwendet. Bemerkenswerterweise wird aufgrund seiner diskriminierenden Konnotation der Begriff beispielsweise auf der Website der „Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ nicht mehr verwendet. Eine Praxis, die sich offenkundig noch nicht bis zur Dortmunder Polizei herumgesprochen hat; vgl. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/nl_03_2021/nl_03_aus_der_beratungspraxis_1.html

„Moderne Architektur“ – „Moderne Polizeiarbeit“?

Nach 50 Jahren soll die Wache Nord Ende 2026 erneut umziehen – in einen Neubau, der auf der gegenüberliegenden Straßenseite entsteht. In der Perspektive der Polizei handelt es sich bei dem geplanten Umzug nicht nur um einen pragmatischen Standortwechsel. Vielmehr entwirft die polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit in diesem Zusammenhang wie vor 120 Jahren eine Vision angeblich moderner Polizeiarbeit, die gleichermaßen von vermeintlicher Bürgernähe als auch durch konsequentes Auftreten im Stadtteil gekennzeichnet sein soll. In diesem Sinne erscheint der Umzug der Wache Nord als Teil eines Stadtentwicklungsprojekts, in dessen Rahmen, so heißt es auf der Website des Polizeipräsidioms Dortmund, zwischen City und Nordstadt „ein urbanes Quartier von hoher Qualität“ entstehen soll. Polizeipräsident Gregor Lange hebt die Bedeutung „moderne(r) Architektur“ für

„moderne Polizeiarbeit“ hervor. ² Demnach sei die neue Wache „barrierefrei“ erreichbar und der Empfangsbereich „großzügig und modern gestaltet“. Insgesamt sei die geplante Wache „bürgerfreundlicher“.

Gleichzeitig kündigt die Polizei aber auch einen „hohen sichtbaren wie verdeckten Kontroll- und Strafverfolgungsdruck“ an. Hierfür stünden durch die vorgesehene Zusammenführung mehrerer polizeilicher Organisationsbereiche am neuen Standort der Wache Nord künftig mehr Einsatzkräfte als bisher in der Nordstadt zur Verfügung. Der polizeiliche Blick auf den Stadtteil ist dabei durch stigmatisierende Annahmen, pauschale Zuschreibungen und vorurteilsbehaftete Projektionen geprägt, die die Legitimationsgrundlage für die massive Präsenz der Polizei, sowie Einsatzstrategien und Kontrollpraktiken darstellen.

„Negative Infrastruktur“ – polizeiliche Perspektiven auf die Nordstadt

In einem weiteren, offenkundig von der Dortmunder Polizei verantworteten online-Beitrag ist von „kriminalitätsfördernde[n] Rahmenbedingungen“ in der Nordstadt die Rede, die nach polizeilicher Wahrnehmung auf einer „negativen Infrastruktur“ gründen. ³ Konkret sind damit „Wettbüros, Spielhallen, Teestuben und Problemhäuser“ gemeint, die von „Straftätern“ angeblich als „Rückzugsräume“ genutzt würden. Bereits das

ökonomische und soziale Gefüge der Nordstadt an sich erscheint als potenziell gefährlich. Diese Deutung wird weiter verstärkt durch den resentmentgeladenen Blick der Polizei auf jene Menschen, auf die die „negative Infrastruktur“ angeblich eine „magische Anziehungskraft“ ausübe, nämlich „unzählige Zuwanderer aus Südosteuropa sowie Nord- und Schwarzafrika“⁴, deren Integration sich schon quantitativ und

aufgrund der einhergehenden Delinquenz in unterschiedlichster Ausprägung auch aus polizeilicher Sicht sehr schwierig gestaltet.“ Diese Zuschreibungen weisen unverkennbar rassistische Züge auf, wird hier die von der Polizei konstatierte Kriminalität ausschließlich mit Migrant*innen in Verbindung gebracht, die gleichsam als unüberschaubare Masse („unzählige“) erscheinen.

Diese polizeilichen Analysen, die maßgeblich auf Praktiken eines ethnisch, aber auch klassistisch ausgerichteten polizeilichen Profilings gründen, sind keine Spezifika der Dortmunder Polizei oder allein auf die Nordstadt gerichtet. Sie dürften vielmehr den gängigen Deutungsmustern entsprechen, die für polizeiliche Strategien überall in Deutschland, aber auch in anderen Ländern kennzeichnend sind.

Historische Linien der Stigmatisierung

Bemerkenswert ist jedoch, dass diese Sicht auf die Dortmunder Nordstadt eine jahrzehntelange Geschichte aufweist. Sie reicht über historische Zäsuren und politische Systemwechsel hinweg: vom Kaiserreich, über die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus und die Bundesrepublik bis in die unmittelbare Gegenwart. In den polizeilichen Deutungsmustern spiegeln sich bis heute Facetten einer – wie es der Historiker Alf Lüdtkke genannt hat – „spezifisch deutschen Signatur von Polizei“, worin ausgehend vom Fixpunkt und Idealbild „flächendeckender Ordentlichkeit“ die „alltägliche ‚Kleinigkeit‘ mit dem ‚großen Ganzen‘ stets direkt verknüpft“ zu sein scheint.⁶

Von Beginn an avancierte die kontinuierlich wachsende Nordstadt, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts zwischen Hauptbahnhof, Zechanlagen und Stahlwerken entstand zu einer Projektionsfläche bürgerlicher und behördlicher Zuschreibungen die den Stadtteil notorisch mit Unordnung, Devianz und Kriminalität in Verbindung brachten. Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rückten die vermeintlich „unordentlichen“ Zustände in dem Stadtteil in den Fokus öffentlicher wie auch sicherheitsbehördlicher und administrativer Diskurse die dem Paradigma „flächendeckender Ordentlichkeit“ folgten.

Dabei richtete sich die Aufmerksamkeit häufig weniger darauf, die tatsächlich bestehenden städtebaulichen, nicht zuletzt hygienischen Missstände, die vor allem bis zum ersten Drittel des 20. Jahrhunderts das Leben in der Nordstadt prägten zu verbessern. Vor allem bis zum Ende des Kaiserreiches beschränkte sich die mediale Berichterstattung allenfalls auf Appelle an die Obrigkeit, die infrastrukturellen Defizite zu beheben, um auf diese Weise in erster Linie das Erscheinungsbild Dortmunds nach außen zu verbessern. Oftmals blieb es aber auch bei der Verbreitung voyeuristisch aufgeladener Schreckens- und Sensationsmeldungen, die dazu beitrugen, dass „fast gleichzeitig mit ihrer Entstehung die Dortmunder Nordstadt mit Negativ-Attributen belegt worden“⁶ ist.

⁶ Vgl. Alf Lüdtkke, Einleitung: „Sicherheit“ und „Wohlfahrt“ Aspekte der Polizeigeschichte, in: Alf Lüdtkke (Hg.): „Sicherheit und ‚Wohlfahrt‘. Polizei, Gesellschaft und Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1993, S. 7-33, hier: S. 21.

⁶ Vgl. Sabine Kalke/Thilo Steinmann, 100 Jahre Pressespiegel Nordstadt – ein Auszug, in: Stadt Dortmund – Kulturbüro/Örtliche Kulturförderung und „Projektgruppe Nordstadt“ (Hg.): Nordstadtbilder. Stadterneuerung und künstlerische Medien – Projektdokumentation, Essen 1989, S. 136-139, hier S. 136.

⁷ Vgl. Elisabeth Kosok, Die Freizeit- und Vergnügungseinrichtungen des Dortmunders Nordens um die Jahrhundertwende – ein kulturhistorischer Streifzug, in: Stadt Dortmund, Nordstadtbilder, S. 140-146.

⁸ Vgl. Kalke/Steinmann, 100 Jahre Pressespiegel, S. 139.

⁹ Vgl. Daniel Schmidt, Die Straße beherrschen, die Stadt beherrschen. Sozialraumstrategien und politische Gewalt im Ruhrgebiet 1929-1933, in: Alf Lüdtkke/Herbert Reinke/Michael Sturm (Hg.): Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2011, S. 225-248, hier S. 229.

„Unmoralische“ Orte

Dazu zählte auch der ressentimentgeladene Blick auf die zahlreichen Kneipen, Cafés, Varietés, Singspielhallen und Theater, später auch Kinos, die sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Nordstadt ansiedelten. Einerseits entwickelte sich das stetig wachsende Angebot an Freizeit- und Vergnügungseinrichtungen zu einem ökonomisch bedeutsamen, nicht zuletzt von den Dortmunder Brauereien geförderten Anziehungspunkt. ¹ Andererseits waren es aber auch genau diese Einrichtungen und Lokale, die besonders in der Perspektive von Polizei und Verwaltung, Ausgangspunkte für „Unordentlichkeit“, Devianz und Kriminalität darstellen konnten. Insbesondere Varietés galten den Ordnungsbehörden als in moralisch und sittlicher Hinsicht zwielichtige Orte der „Trunksucht und Völlerei“, über die sie mit permanenten Kontrollen, der Zensur des Programms, Tanzverboten, frühen Sperrstunden und dem Verhängen von „Lustbarkeitssteuern“ die Kontrolle zu erlangen versuchten.

Die Nordstadt als politisch subversiver Raum

Als suspekt galten aber auch die zahlreichen Menschen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts im Kontext der Arbeitsmigration nach Dortmund gekommen waren, Ein großer Teil von ihnen stammte aus den östlichen Gebieten des Deutschen Reichs. Insofern wiesen die dominanzgesellschaftlichen und polizeilichen Ordnungsvorstellungen auch (antislawisch)-rassistische Züge auf. Unverkennbar war zudem deren klassistische Aufladung. Zum einen galten in diesen Projektionen Arbeiter*innen als besonders anfällig für die moralisch und sittlich als gefährlich betrachteten Ausprägungen der Freizeit- und Vergnügungsangebote.

Zum anderen richtete sich die Aufmerksamkeit auf die vermeintlich revolutionäre und subversive politische Orientierung der sich formierenden Arbeiter*innenklasse und ihrer Organisationen, die aus bürgerlicher und polizeilicher Perspektive als bedrohlich wahrge-

Um die Jahrhundertwende wurde ein Großteil dieser Restriktionen zwar aufgegeben, die kommunalen und staatlichen Ordnungsansprüche blieben jedoch bestehen. Sie spiegelten sich in engmaschigen Kontrollen, von Lokalitäten besonders auch Personen und Personengruppen wider.

Dies galt nicht zuletzt für Frauen, die sich ohne Begleitung im Umfeld der Vergnügungsviertel bewegten und dadurch den Verdacht auf sich zogen, der Sexarbeit nachzugehen. Die damit verknüpften abwertenden und stigmatisierenden Narrative spiegeln sich exemplarisch in einem Artikel der Dortmunder Zeitung vom 4. Juli 1927, in dem es unter der Überschrift „Razzia im Norden“ heißt: „Samstag Abend veranstaltete die Polizei in einigen Straßen des Nordens eine Razzia und es gelang ihr mehrere zweifelhafte Frauenspersonen festzunehmen. Trotz der Bemühungen der Polizei hält sich das Gesindel nach wie vor in verschiedenen Straßen des Nordens auf und das Einschreiten der Polizei [hat] meistens nur den Erfolg, dass es sein Standquartier verlegt.“ ²

nommen wurde. Tatsächlich war die Nordstadt seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Hochburg der Arbeiter*innenbewegung und Schauplatz zahlreicher Kundgebungen und Demonstrationen, etwa im Jahr 1910, als dort rund 40.000 Menschen für ein demokratisches Wahlrecht demonstrierten. Im Zusammenhang mit Versammlungen in der Nordstadt anlässlich der Bergarbeiterstreiks in den Jahren 1905 und 1912 ging die Polizei teilweise mit massiver Gewalt bis hin zum Einsatz von Schusswaffen gegen demonstrierende Arbeiter*innen vor. In der Weimarer Republik avancierte die Nordstadt schließlich zu einer Hochburg der KPD, die für die Nazis bis zu deren Machtübernahme am 30. Januar 1933 weitgehend eine No-go-Area darstellte, für die Polizei jedoch einen Einsatzraum bildete, in dem engmaschige Bestreifungs- und Kontrollstrategien zur Anwendung kamen. ³

Politik vergeht, Polizei besteht – Brüche und Kontinuitäten

An diese schon damals über Jahrzehnte hinweg bestehenden Feindbildkonstruktionen, knüpften Ordnungspolizei und Gestapo in der Zeit des Nationalsozialismus nahtlos an.¹⁰

Obleich die britische Militärverwaltung nach der bedingungslosen Kapitulation des NS-Regimes am 8. Mai 1945 in ihrer Besatzungszone, zu der das heutige Nordrhein-Westfalen und somit auch Dortmund gehörte, zunächst umfangreiche Polizeireformen in Gang setzte, die eine Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Entstaatlichung der Polizeibehörden vorsahen, die künftig stärker kommunalisiert und demokratisch kontrolliert werden sollten, änderte sich am polizeilichen Selbstverständnis und den daran geknüpften Konzepten „flächendeckender Ordentlichkeit“ wenig. Im Kontext des sich zuspitzenden Kalten Krieges, wurden die britischen Polizeireformen nicht konsequent umgesetzt und spätestens bis zum Beginn der 1950er Jahre weitgehend wieder zurückgenommen. Die von den Alliierten ursprünglich angestrebte Entnazifizierung war bereits während der späten 1940er Jahre versandet. Im Zeichen von gesellschaftlicher und institutioneller Schuldabwehr erfuhren behördliche Ordnungsvorstellungen sowie die daran geknüpften Ressentiments eine Restauration. Somit blieben auch die Nordstadt

und ein Teil ihrer Bewohner*innen im Fokus polizeilicher Aufmerksamkeit.

Mitte der 1950er Jahre avancierte etwa die jugendliche Subkultur der „Halbstarke“, deren Angehörige in Dortmund überwiegend aus dem proletarischen Milieu der Nordstadt entstammten zur Projektionsfläche medialer Erregung. Wie in anderen Städten auch, eigneten sich die „Halbstarke“ öffentliche Räume an, brachen in Jeans, Lederjacken und Petticoats ostentativ mit bürgerlichen Kleidungsstilen, hörten und tanzten Rock'n'Roll – kurz eigneten sich Ausdrucksformen der anglo-amerikanischen Kulturindustrie an, die in dominanzgesellschaftlicher Perspektive, nicht selten auch in rassistisch konnotierter Diktion als „Unkultur“ diskreditiert wurde. Vor allem in den Jahren 1956/1957 kam es in zahlreichen Städten der Bundesrepublik zu „Halbstarckenkrawallen“. In Dortmund ging die Polizei im Dezember 1956 an mehreren Abenden nach der Aufführung des Films „Außer Rand und Band“ im Capitol-Kino in der Hansastrasse teilweise mit Wasserwerfer und Schlagstöcken gegen mehrere Hundert Jugendliche vor. Festgenommene wurden in die Steinwache gebracht, wo es Berichten von Betroffenen zufolge auch zu massiven polizeilichen Übergriffen gekommen sein soll.¹¹

Die gute alte Zeit – Polizeiliche Erzählungen vom Niedergang

¹⁰ Ausführlicher zu polizeilicher Repression in Dortmund während der NS-Zeit vgl. Stadtarchiv Dortmund, Widerstand und Verfolgung.

¹¹ Vgl. Hans Müller, „...eine echte Landplage...“ Die Halbstarke und Dortmund 1956, in: Stadt Dortmund, Nordstadtbilder, S. 243-250, hier S. 246.

¹² Vgl. Peter Bandermann, „Sogar die Bummels haben uns respektiert“. Pensionierter Polizist berichtet aus bewegten Nordstadt-Zeiten, in: Heimat Dortmund – Stadtgeschichte in Bildern und Berichten, 1/2019, S. 28.

¹³ Gemeint sind hier Zuhälter.

Die Polizei trat bei dieser Gelegenheit nicht nur mit dem Ziel auf, „Ruhe und Ordnung“ gleichsam reaktiv wiederherzustellen, sondern beanspruchte für sich, wie bereits in den Jahrzehnten zuvor, auch eine erzieherische Funktion. Der polizeiliche Blick auf die Gesellschaft war und ist stark von kulturpessimistischen Deutungsmustern geprägt, für die Narrative von kontinuierlichem Niedergang ebenso konstitutiv sind wie verklärend harmonisierende Bilder vergangener Zeiten, die sich nicht zuletzt an die Behauptung knüpfen, früher habe die Polizei mehr Respekt genossen.

Ein aussagekräftiges Beispiel für diese die Vergangenheit verklärende Perspektive bietet der in der Geschichtszeitschrift „Heimat Dortmund“ (1/2019) paraphrasierte Zeitzeugenbericht des mittlerweile pensionierten Polizeibeamten Franz Kannenberg, der während der 1970er und frühen 1980er Jahre in der Nordstadt eingesetzt war.¹² Zwar sei schon damals in der Nordstadt „jede Nacht [...] was los gewesen“. Es habe aber damals sogar bei den „Bummels“¹³ noch „Respekt“ vor der

Polizei gegeben. Mit lediglich einem Beamten habe man im Zweifelsfall eine Kneipenschlägerei bewältigen können. Der „Respekt“ sei nun, so Kannenberg, nicht mehr so ausgeprägt, wie früher, was er explizit auch mit „Respektproblemen unter Zuwanderern“ in Verbindung bringt. Hier korrespondieren die ethnisierenden Deutungsmuster des pensionierten Polizeibeamten unverkennbar mit den stigmatisierenden aktuellen polizeilichen Aussagen bzgl. einer angeblich bestehenden „negativen Infrastruktur“.

Aber auch in anderer Hinsicht rekurriert Kannenberg in ebenso verklärender wie zwei-

felhafter Perspektive auf eine aus seiner bzw. polizeilicher Sicht „bessere“ Vergangenheit.

So hätten Bürger*innen in früheren Zeiten zwischen Nordstadt-Polizisten, die mehrheitlich mit grünen Mützen ausgestattet waren und Innenstadt-Polizisten, die weiße Mützen trugen genau unterschieden. Die „Grünen Mützen“ waren aufgrund ihres robusten Auftretens bekannt und berüchtigt. Demnach galt offenkundig damals schon das Auftreten von Beamten der Nordwache, als besonders gewaltaffin, was Kannenberg unverkennbar als positive Zuschreibung bewertet.

Fazit

Der kursorische Blick auf die Geschichte der Dortmunder Nordstadt und die an sie geknüpften Stigmatisierungen und negativen Zuschreibungen zeigt zum einen, die langen Linien der bis heute bestehenden Projektionen auf diesen Stadtteil. Von Beginn an waren die Polizei und andere Ordnungsbehörden an der Konstruktion dieser Erzählungen maßgeblich beteiligt, reagierten aber auch auf mediale und in Teilen der bürgerlichen Gesellschaft verbreitete Narrative, die die Nordstadt notorisch mit Unordnung, Devianz und Kriminalität in Verbindung brachten. Die Polizei bewegte sich somit nicht in einem luftleeren Raum, sondern in einem gesellschaftlichen Kräftefeld, in dem repressive Ansprüche an die Staatsmacht herangetragen wurden, welches sie aber auch durch selbstentworfenen Bedrohungsszenarien und Feindbildkonstruktionen mitprägte – und dies bis heute tut. Die Polizei betrieb dabei Lobbypolitik in eigener Sache. Je herausfordernder sich die Lage in der Nordstadt vermeintlich darstellte, desto schillernder konnte die eigene Rolle in der Öffentlichkeit dargestellt und inszeniert werden. Spätestens seit dem Beginn der 1920er Jahre kam der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit zentrale Bedeutung zu. Das vielfach genutzte Schlagwort in diesem Kontext bildete der Begriff der „Modernität“. Dies war bei der Eröffnung der Steinwache im Jahr 1931 der Fall und dies ist auch heute so, wenn die Dortmunder Polizei die neue Wache Nord als Teil eines modernen Stadtentwicklungsprozesses annonciert. Verknüpft waren und sind damit aber auch polizeiliche Vorstellungen von „flächendeckender Ordentlichkeit“, deren Durchsetzung (nicht nur) in der Nordstadt bis heute mit der Anwendung von Gewalt einhergeht.

Neue Wache Nord

von Mean Streets Antifa &
Defund the Police Dortmund

Die Polizeiwache Nord soll also einen schicken Neubau bekommen. Der Umzug, geplant für Ende 2026, erscheint wie eine PR-Glanzeistung, nachdem die Wache in den letzten Jahren in der medialen Berichterstattung eher negativ aufgefallen ist. Daran konnten auch frühere, billigere PR-Stücke wie „Begegnungsfeste“ und „Talk with a Cop“-Formate nichts ändern.


Polizeipräsident Gregor Lange freut sich über den Neubau, um damit dem „Anspruch der Bürger*innen und der Polizei“ gerecht zu werden. Dass seine eigenen Beamt*innen ihm erst kürzlich in den Rücken gefallen sind, hat er scheinbar vergessen. Dortmunder Polizeibeamt*innen der Wache Nord haben sich noch im Mai 2024 bei der Springer Presse aus geweint, dass sie nicht so viele rassistisch-motivierte Kontrollen durchführen dürfen, wie sie gerne wollen. Das Leben eines Cops muss schon hart sein. Wunderbar, dass sie demnächst in einer aufgehübschten Wache in Selbstmitleid versinken können.

Im Zuge des Neubaus wird mit Barrierefreiheit, Bürger*innenfreundlichkeit und der neusten IT geworben. Der Neubau entsteht zwischen der Münsterstraße, Leopoldstraße und dem Freiherr-vom-Stein-Platz. Ein weiter Umzug wird es vom alten zum neuen Standort also nicht, der Betrieb müsse währenddessen laut eigenen Angaben nicht eingeschränkt werden. Neben der Wache Nord ziehen zudem noch andere Mieter*innen und Geschäfte auf die Fläche des ehemaligen Kinos Studio X. Für die Polizei sind 2800 m² geplant, in denen neben der Wache Nord auch der Bezirksdienst, ein Regionalkommissariat und die noch in Huckarde beheimatete Führungsstelle der Polizeiinspektion 2 einziehen

sollen. Dadurch wird insgesamt mehr Polizei im Dortmunder Norden zusammengezogen, eine Entwicklung, die wir äußerst kritisch sehen. Dass mehr Beamt*innen nicht gleich zu mehr Sicherheit, sondern vielmehr zu Konflikten führen, wurde in der Vergangenheit leider zu oft bewiesen.

Bereits im Sommer 2022 haben plakative Warnhinweise mit dem Titel „Achtung – Revier der Nordwache – Hier herrscht Polizeigewalt, Rassismus und Sexismus“ auf die Missstände aufmerksam gemacht. Kurz zuvor berichtete der WDR über zwei Frauen, die unabhängig voneinander schwere Vorwürfe gegen Polizeibeamte der Wache Nord erhoben haben. Es passiert auch nicht selten, dass gerade migrantisierte Menschen berichten, die Wache Nord mit Hämatomen verlassen zu haben oder Beleidigungen und Erniedrigungen erfahren zu haben. Dass Polizeigewalt mit dem Tod endet, ist auch in Dortmund leider kein „Einzelfall“ (siehe Zeitleiste).

Die Wache Nord hat seit Jahren ein strukturelles Problem mit Polizeigewalt und die Führungsebene schaut weg – oder lässt lieber viel Geld in einen unnötigen Neubau stecken, als würde das irgendetwas aufwiegen oder das Leben im Viertel nachhaltig verbessern. Vielleicht reden sich die Verantwortlichen das Ganze einfach schön, um ihre Existenz nicht kritisch hinterfragen zu müssen. Gerade Gregor Lange als ehemaliger Student der Rechtswissenschaften sollte, was seine Polizeibehörde angeht, viel eher vor Scham im Boden versinken oder seinen Job an den Nagel hängen. Zehn Jahre waren LANGE genug und ein weiteres Jubiläum braucht wirklich keine*r. Stattdessen ist scheinbar eine neue Fassade notwendig, um das angeschlagene Image aufzupolieren.

Die Millionen, die dafür verwendet werden, sind sinnvoller in Bildungs- und Sozialeinrichtungen, Wohnraum oder Gesundheitsdienstleistungen in der Nordstadt investiert als in neue Gewahrsamszellen, wie zahlreiche gut belegte Beispiele der jüngsten Vergangenheit aus den USA zeigen (bspw. Minneapolis, Milwaukee, Denver, Oakland, Portland, Dallas, San Francisco, Seattle und Philadelphia .

Polizierern und die Auswirkungen auf das Leben in der Nordstadt

Die Wache Nord in Dortmund ist bundesweit bekannt. Diese traurige Berühmtheit ist sowohl auf das bestehende „interne Problem mit Gewalt“¹³, wie Polizeiwissenschaftler*innen und Kriminolog*innen berichten, zurückzuführen, als auch zunehmende Kompetenzzuwächse bei gleichzeitiger Militarisierung sowie die Art und die Formen des Polizierens in der Nordstadt.

Unter dem Begriff des Polizierens wird die alltägliche Polizeiarbeit, also der Streifendienst, Polizeikontrollen, Festnahmen und Vernehmungen zusammengefasst.

In der Nordstadt ist das Polizieren von Rassismus, Misogynie, herabwürdigem Verhalten sowie Einstellungen gegenüber Wohnungslosen und psychisch erkrankten Personen und vor allem maskuliner CopCulture geprägt. Wenngleich eine historische Kontinuität dieser Diskriminierungsmuster vorhanden ist¹⁶, sprechen die Politik und die Polizei weiterhin von „Einzelfällen“ und „Einzelpersonen“, die durch gewalttätiges Verhalten auffallen.

Die Beamt*innen der Wache Nord, die besonders gewalttätig vorgehen sind nicht nur uns namentlich bekannt, sondern auch den Bewohner*innen sowie den Menschen des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens und der Justiz, die in der Nordstadt tätig sind.

Dabei sind es nicht mehr nur die Formen des Polizierens über die gesprochen werden muss. Es ist vor allem die Wirkung auf das alltägliche Leben und die Menschen in der Nordstadt, die dieses Polizieren hat.

Seit 2016 setzt die Polizei Dortmund auf das sogenannte ‚Präsenzkonzept zur Bekämpfung der Kriminalität in der Dortmunder Nordstadt‘. Dieses Konzept umfasst neben der massiven offenen und

¹³ NBC News (10. Juni 2020). What would it mean to ‚defund the police‘? These cities offer ideas. <<https://www.nbcnews.com/news/us-news/what-would-it-mean-defund-police-these-cities-offer-ideas-n1229266>>, zuletzt abgerufen am 19.09.2024

¹⁵ Laberenz, Lennart (16.01.2023). Ruf nie die Polizei. In: Zeit Online <https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-01/polizeigewalt-mouhamed-drame-dortmund-opfer/komplettansicht>, zuletzt abgerufen am 17.09.2024

¹⁶ vgl. Beitrag „Imaginationen flächen-deckender Ordentlichkeit“

verdeckten Präsenz von Polizeibeamt*innen, diverse städtebauliche Maßnahmen, wie die Umzäunung des Keuning-Haus-Parks, das Aufstellen von Kameras an öffentlichen Plätzen, wie der Münsterstraße und dem Mehmet-Kubasik-Platz sowie Razzien gegen sogenannte „Clanstrukturen“ in Wettbüros und Imbissen.

Unzählige Geschichten über die „Clankriminalität“ und ominöse Shisha Bars werden zur Selbstlegitimierung willkürlichen Agierens gegen migrantisierte Menschen von der Polizei in den Umlauf gebracht und von ihrem Ursprung, der strukturell bedingten Armut entkoppelt. Durch Pressemitteilungen der Cops als auch Medienberichte werden die Maßnahmen gegen die Einwohner*innen als ethnisiert wahrgenommen. Es sind die Migrant*innen in der Nordstadt, die gefährlich sind, gewalttätig werden und daher stärker kontrolliert werden müssen.

¹⁷ Anfrage im Landtag NRW, Drucksache 17/1363 vom 29.11.2017

¹⁸ Frag den Staat (2023). Antwort der Polizei Dortmund vom 25. Oktober 2023 zu einem Auskunftersuchen vom 13.09.2023

¹⁹ § 12a PolG NRW regelt die „strategische Fahndung“, und die gibt es erst seit Ende 2018. Manche fassen sie als Sonderfall von § 12 PolG NRW Abs. 1 Nr. 2 auf. Übrigens spricht man üblicherweise bei der „Strategischen Fahndung“ von „Kontrollgebieten“ oder „Gefahrengebieten“ und nicht von „gefährlichen Orten“.

²⁰ Pressemitteilung der Polizei Dortmund vom 04. August 2023, <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4971/5573759>, zuletzt aufgerufen am 16.09.2024

²¹ Pressemitteilung der Polizei Dortmund vom 30. Juli 2024, <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4971/5833500>, zuletzt aufgerufen am 16.09.2024

²² Pressemitteilung der Polizei Dortmund vom 10. Juli 2024, <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4971/5554725>, zuletzt aufgerufen am 16.09.2024

Die durch die Polizei als „gefährliche Orte“ deklarierten Straßen ermöglichen den Polizeibeamt*innen verdachtsunabhängige Kontrollen und Identitätsfeststellungen nach § 12 PolG NRW Abs. 1 Nr. 2. Fast die gesamte Dortmunder Nordstadt wurde schon 2017 als gefährlicher Ort eingestuft, wie eine kleine Anfrage im NRW-Landtag gezeigt hat ¹⁷.

Am 05. Juni 2023 startete die Polizei Dortmund mit der aktuell laufenden ‚strategischen Fahndung‘ rund um den Borsigplatz. Anlass seien die Beschwerden von Anwohner*innen und Geschäftsleuten gewesen ¹⁸.

Anhalte- und Sichtkontrollen im Rahmen von strategischen Fahndungen ¹⁹ können ohne konkreten Anlass bei allen Menschen im Viertel durchgeführt werden. Wer sich im Alltag durch die Nordstadt bewegt, weiß schon längst, betroffen von den Kontrollen sind vor allem PoC und migrantisch gelesene Menschen.

Mit dem genannten Schwerpunkteinsatz verfolgt die Wache Nord „weniger Straftaten, mehr Sicherheit und Ordnung und auch mehr Respekt für die Polizei“ ²⁰. Vor allem der letzte Punkt scheint maßgeblich, wenn es um männlich geprägte CopCulture geht.

Dieser Schwerpunkteinsatz schließt unmittelbar an die Berichterstattung der Springer-Presse zur Wache Nord an. Die Beamt*innen stellen sich im besagten Artikel als Opfer dar, die den hohen Anforderungen der Anwohner*innen und des Polizeipräsidiums nicht gerecht werden können. Diese Opfer-Stilisierung und zeitgleich die pauschalisierte, rassistische Abwertung der Nordstadt als sozialer Brennpunkt, in dem Kriminalität aufgrund der Zuwanderung herrsche, verurteilen wir aufs Schärfste.

Die Nordstadt und das Quartier des Borsigplatzes, ein Sozialraum, der seit vielen Jahrzehnten durch eine starke Migration, Armut, eine hohe Bevölkerungsdichte und niedriges Bildungsniveau sowie fehlende Kita- und Grundschulplätze geprägt ist, wird durch die strategische Fahndung mal wieder zum kriminalitätsbelasteten Ort deklariert: Die Polizei wird dort präsent, Menschen werden ohne Anlass kontrolliert, Strafanzeigen werden gestellt. Mittlerweile laufen die strategischen Fahndungen, Razzien, Kameraüberwachung in der Nordstadt sowie Teilen der Innenstadt unter dem Label „Präsenzkonzeption Fokus“ ²¹.

Da diese Maßnahmen seit Sommer 2023 in regelmäßigen Abständen verlängert werden – was nicht mal mehr der Lokalpresse noch eine Meldung wert ist – und die Wache Nord sogar mit weiteren Bereitschaftspolizist*innen ausgestattet worden ist ²² müssen die Bewohner*innen der Nordstadt mit einer verstärkten Polizeipräsenz sowie

der Angst vor willkürlichen Kontrollen leben. All dies, um den Respekt vor der Polizei zu stärken und ein abstraktes Sicherheitsgefühl zu stärken.

Bewohner*innen und Inhaber*innen von Geschäften des täglichen Bedarfs rund um den Borsigplatz berichteten uns gegenüber in Gesprächen und gezielten Interviews von vielzähligen und willkürlichen Personen- und Fahrzeugkontrollen sowie diskriminierendem Verhalten und fluiden Formen von Polizeigewalt. Insbesondere junge Erwachsene, die migrantisch gelesen werden, berichten, dass sie auffällig häufig von der Polizei kontrolliert werden. Dies geschehe vollkommen willkürlich beim Warten an der Bushaltestelle oder auf dem Weg zum Sportverein, zur Schule oder zum Dietrich-Keuning-Haus. Sporttaschen, Rucksäcke und Schultornister werden durchsucht, kleinere Geldscheine werden den Jugendlichen direkt abgenommen. Das Kontrollieren einer Gruppe von jüngeren Männern erzielt eine quantitativ höhere Anzahl an Personenkontrollen, was der Berichterstattung und der Dokumentation der Polizei zugutekommt – dies haben die Jugendlichen verstanden.

Es vergeht kein Tag an dem die Polizei nicht Jugendliche im Dietrich-Keuning-Haus-Park, in der Münsterstraße, am Nordmarkt oder im Stollenpark ohne Anlass kontrolliert. Anwohner*innen, die dies beobachten, wird suggeriert, dass es sich um einen gefährlichen Ort und/oder straffällig gewordene Jugendliche handeln muss.

Diese Art von Polizeiarbeit kann als „repressives staatliches Handeln, das nicht neutral, sondern von maskuliner, rassistischer CopCulture geprägt ist“^[24] eingeordnet und bewertet werden.

Vielen Menschen, die in der Nordstadt leben ist klar, dass z. B. ‚Platzverweise‘ keine Wirksamkeit im Sinne einer Verhinderung von Straftaten haben und die Kriminalität nur in Seitenstraßen verdrängt wird. Vielmehr sprechen sich die Bewohner*innen für langfristige Lösungen der sozialen Probleme der Menschen, die kriminell werden und/oder Gewalt ausüben, aus.

Diese repressiven Maßnahmen in einem ganzen Stadtteil sind unerträglich. Das Sicherheitsgefühl steigt bei keine*r Bewohner*in. Die Menschen in der Nordstadt haben verstanden, dass sie bei Problemen besser nicht die Polizei rufen. Dies ist kein Respekt vor der Polizei, sondern Angst.

Die Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung der Polizei Dortmund mit migrantischen Organisationen im Dietrich-Keuning-Haus Anfang Juni kann nur als scheinheiliges Verhalten und Augenwischerei bezeichnet werden. Für die Mehrheitsgesellschaft sowie Medien und Politik gibt sich die Wache Nord progressiv und wünscht einen „Dialog und Vertrauensförderung“ mit den Menschen der Nordstadt. Wie WDR-Berichte zeigen, hat sich das rassistische Verhalten und die gewaltvollen Einstellungen der Cops seit der Erschießung Mouhameds nicht verändert^[24]. Die Wache Nord: Toxisch maskuline und rassistische CopCulture bis hin zu tödlicher Konsequenz.

^[24] Davis, A. ; Dent, G.; Meiners, E. R.; Richie, B. T. (2023) Abolitionismus. Feminismus. Jetzt. Eine intersektionale Intervention. Unrast Verlag, S. 7

^[24] WDR (2024). Nach Mouhamed Dramé: Welche Lehren die Polizei Dortmund gezogen hat. Vom 16.07.2024, <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/polizei-lehren-fall-drame-100.html>, zuletzt abgerufen am 16.09.2024

Kameras in der Nordstadt

von NoCamDo.org

Seit Sommer 2021 wird die Münsterstraße in der Nordstadt zwischen den Hausnummern 50 und 99 mit 18 Videokameras durch die Polizei überwacht. Die Bilder werden nachmittags und abends live ins Polizeipräsidium gestreamt und sind, zusammen mit dem mobilen Überwachungscontainer, der aktuell im Dietrich-Keuning-Park steht, Beispiel für die Normalisierung polizeilicher Überwachung. Ähnlich wie bei der Einführung der Taser (siehe Beitrag zu Tasern) ist die Nordstadt Experimentierfeld für neue Formen der Repression und Polizeitaktiken. Ziel der Maßnahme sind weniger Änderung im täglichen Erleben von Gewalt, sondern vielmehr ein diffuses, aber adressierbares „Sicherheitsgefühl“ und die Pressearbeit.

Bereits die Ankündigung der Polizei, Kameras sowohl im „Problemviertel“ Nordstadt als auch in den Naziecken in Dorstfeld aufzuhängen zeigte, dass die „Copaganda“ im Vordergrund stand – also Propaganda im Sinne der Cops. Nicht zufällig war nämlich auch der Nordpol, Linke Bar und Veranstaltungsort, noch im videoüberwachten Bereich.

Von dort aus fand in den Monaten nach der Ankündigung eine Vernetzung mit Initiativen und Anwohner*innen der Münsterstraße statt; neben dem Nordpol befinden sich in der Münsterstraße weitere Vereine wie Train of Hope, die Geflüchtetenberatung anbieten oder ein von DIDF betriebenes Begegnungszentrum.

Die Initiative entschied sich dafür auf juristischem Weg gegen die Kameraüberwachung vorzugehen. Es sprachen klare Argumente gegen die Überwachung: Sie soll möglich sein, wo „die Beschaffenheit eines Ortes“ Kriminalität

begünstigt (hier nochmal beziehend auf die gefährlichen Orte). Ein Beispiel sind Parkhäuser, sie ermöglichen einen einfachen Zugang zu vielen Autos. Der in der Münsterstraße präsenste Drogenhandel hat nichts mit der Bebauung der Straße zu tun. Reine Verdrängungseffekte sind eigentlich keine Rechtfertigung. Auch ist die Überwachung einer längeren Straße – im Vergleich zu dem üblichen Überwachen von Plätzen, juristisches Neuland gewesen.

Am Ende kann ein Gericht aber nur in seinem engen Rahmen der Abwägung liberaler, individualistischer Bürgerrechte gegen politisch gewünschtes Polizeigesetz argumentieren, und auch weil die Polizei Dortmund an einigen Stellen nachbesserte und z. B. Bereiche von der Überwachung ausnahm, war die Abwägungsfrage schnell geklärt. Für die Aktiven bestätigte sich, dass die Frage, was die Polizei darf und soll, politischer Natur und die Abschaffung polizeilicher Repression nur durch die Entmachtung der Polizei selbst zu machen ist.

Die Kameraüberwachung in der Nordstadt bleibt daher bestehen und ihre Entwicklung zeigt symbolisch was falsch läuft: Die Kameras haben keinen Effekt. Die Kriminalität ist insgesamt (auch in der Nordstadt) rückläufig, da machen die vielen Stunden von Beamt*innen vor Bildschirmen keine Unterschied. Tatsächlich hat sich der Drogenhandel sichtbar, und wie erwartet, einfach nur verlagert und der Polizei fällt natürlich nichts Besseres ein, als noch mehr Kameras zu installieren. Der postapokalyptische Überwachungscontainer steht nun im Dietrich-Keuning-Park, die Betäubungsmittelverkäufer*innen ziehen eine Ecke weiter.

Und obwohl Kameras nur temporäre Maßnahmen sein sollen, in der Innenstadt etwa nur während des Weihnachtsmarktes aufgehängt und danach wieder abgehängt werden, ist die Überwachung der delinquenten Nordstadt ein langfristiges Projekt. Denn wenn angenommen werden kann, „dass bei Abbau der Kameras die Straftaten wieder steigen“ bleiben die Kameras hängen ²⁵. Die Versuche der Initiative die Widersprüche in der Logik der Polizei sichtbar zu machen, etwa indem die Evaluationsberichte angefordert werden ²⁶ scheitern am Erfolg der Copaganda. Während die Erfolgsmeldungen in der Polizeipresse mit selektiven, positiven Statistiken weithin Sichtbarkeit erfahren, wird die Realität in der Debatte ausgeblendet, genauso wie tatsächlichen Zahlen in den Berichten zu 95 % geschwärzt sind.

Innerhalb der zynischen Logik des Polizeiverwaltungsapparats könnte man sich noch Wünschen, dass wenigstens Folgendes ein Beleg dafür ist, wie überflüssig die Wache Nord ist: Im Schnitt benötigen die Polizist*innen von dort 15 Minuten um nach einem Alarm aus dem Kontrollraum, den „Kriminalitätshotspot“ in 500 m Entfernung zu erreichen. Nicht mal das.

²⁵ Pressemitteilung der Polizei vom 18.07.2024 „Videobeobachtung in der Nordstadt“. <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4971/5825476>, zuletzt abgerufen am 18.09.2024

²⁶ Anfrage der Evaluationsberichte über FragDenStaat.de vom 22.07.2024. <https://fragdenstaat.de/anfrage/evaluationen-videobeobachtung-muensterstrasse-und-dietrich-keuning-p>, zuletzt abgerufen am 18.09.2024

Erfahrungen mit der Wache Nord

Neben der Zivilbevölkerung in der Dortmunder Nordstadt schildern diverse Berufsgruppen ihre Erfahrungen mit den Cops der Wache Nord.

Bewohner:innen

„Wir werden fast jeden Tag kontrolliert. Wenn wir als Gruppe irgendwo stehen, z. B. an der Haltestelle, kontrollieren die uns. Die Polizei kommt dann mit Autos von zwei verschiedenen Seiten. Wir haben aber nix, wir wollen nur zum Fußball.“

– Jugendlicher am Borsigplatz

„Vor einigen Jahren wurden ich und meine Freunde Augenzeugen, wie ein Polizist der Wache Nord einen 15-jährigen schwarzen Jugendlichen mitten auf der Münsterstraße verprügelte. Wir zeigten den Polizisten damals im Polizeipräsidium an. Das Resultat war, dass das Verfahren gegen den Polizisten eingestellt wurde und ich mich vor Gericht als Beschuldigter wieder fand, mit fingierten Vorwürfen eines Angriffs auf den Polizisten. Vor Gericht hielt das damals nicht Stand. Als der Richter den vorgeladenen Polizisten klar machte, dass er die Geschichte nicht glaubt, konnte sich niemand mehr erinnern mich oder meine Freunde vorher schon mal gesehen zu haben. Die Kollegin des von mir angezeigten Polizisten, deren Aussage zur Einstellung des

Verfahrens gegen den Polizisten führte, sagte sogar aus, dass sie selber gar nicht vor Ort war und das Geschehen nur aus der Akte kannte. Ich wurde freigesprochen, Richter und selbst die Staatsanwaltschaft bedankte sich am Ende der Verhandlung für unsere Courage den Polizisten anzuzeigen und uns damit einer Gefahr auszusetzen. Aber die Courage das Verfahren gegen den Polizisten wieder aufzunehmen, hatte die Staatsanwalt natürlich nicht. Meine Lehren: Niemals ohne Anwalt mit den Cops reden. Die Cops kommen mit ihrem Corpsgeist immer durch, selbst wenn klar wird, dass sie lügen. Manchmal hat man aber auch Glück, mein Richter hat sich von den Cops nicht an der Nase herumführen lassen, aber das war auch nur Glück.“

– Bewohner:in in der Nordstadt

„Es wäre zu einfach zu sagen, dass die Nordwache und das Personal dort besonders schlimm seien. Meine Erfahrungen sind völlig unterschiedlich und total kontextabhängig. Auf der einen Seite wird man tagsüber freundlich empfangen, wenn man als junge weiße Frau einen Fahrraddiebstahl melden möchte und auf der anderen Seite habe ich erlebt, wie vor allem die Zivilpolizisten, die in der Nordstadt im Bereich der sogenannten „Drogenkriminalität“ eingesetzt sind, Schwarze Menschen brutal festgenommen, auf die Wache mitgenommen und geschlagen haben. Dass sie dort geschlagen wurden, weiß ich, weil ich selbst mal einen Freund mit Gesichtsverletzungen dort abgeholt und ins Krankenhaus gefahren habe.“

– Bewohnerin der Nordstadt

Berufsgruppen

„Die glorreichen Sieben aus der Wache Nord sind hier bekannt – das sind junge, kräftige Männer, einmal im Monat habe ich einen von denen hier. Die gehen bei Einsätzen immer gerne direkt in Wohnungen rein und rufen danach erst für den Durchsuchungsbeschluss an.“

– Jurist:in am Amtsgericht Dortmund

„Ich habe schon mehrfach mit der Wache Nord zu tun gehabt. Unbelegte Fälle habe ich regelmäßig – drogenabhängige, wohnungslose Mandanten, Prostituierte, die mir berichten, dass sie auf der Wache Nord, ich sag mal by-the-way misshandelt werden, aber das ist für die meisten von denen ‚unter ferner liefen‘. Dann haben mir jetzt schon viele Betroffene als auch Fachmensen, die als Sozialarbeiter:innen in der Nordstadt arbeiten, berichtet, [dass] gerade die unbegleiteten Minderjährigen im Keuning-Park regelmäßig Taschengeld weggenommen bekommen, weil die das von den Sozialarbeiter:innen so ausgezahlt bekommen, dass das kleine Scheine sind und die Polizei nimmt es ihnen weg mit dem Argument ‚kleine scheine, typische Stückelung für Drogenverkauf‘.“

– Jurist:in

„Manchmal verlegen wir aggressive oder gewalttätige Personen, welche keinen akuten Behandlungsbedarf haben in die Wache Nord. Die Wache fordert dann ein ärztliches Attest, dass die Person gewahrsamsfähig ist. Nicht nur, dass dafür eigentlich die Amtsärzt:innen zuständig sind, sollten wir dies netterweise übernehmen und [wenn wir] dann eine regelmäßige Sichtkontrolle der Person bspw. nach Alkohol empfehlen, ist die einzige Aussage [Zitat] „Das macht für die bei uns eh keiner“. Die Wache Nord kommt ihrer Aufsichtspflicht hier in keiner Weise nach.“

– Mediziner:in aus dem Klinikum Nord

„Die Wache Nord ist uns als Beratungsstelle definitiv eine bekannte Problematik. Wir haben einige Beratungsnehmende gehabt, die ihre Erfahrungen mit der Wache Nord gemacht haben. Entweder selbst dort Dinge erlebt haben, die nicht besonders schön für sie waren, Gewalterfahrungen gemacht haben oder auch, dass Anzeigen nicht aufgenommen wurden, die sie dort abgegeben haben. Die Wache Nord gilt als besonders restriktiv.“

– Sozialarbeiter:in in der Nordstadt

Vorfälle

Auswahl

Februar 2022: Paar bekommt versuchte Vergewaltigung auf dem Nordmarkt mit und ruft die Polizei. Der betroffenen Frau wird nicht geglaubt, da diese „sowieso drogenabhängig“ sei und das Paar wird von der Polizei schikaniert; er wird von vier Polizist*innen auf dem Boden fixiert.

20.03.2022: Polizei setzt Taser gegen alkoholisierten Mann in der Nordstadt ein; Dr. Clemens, Arzt und Professor für Polizeirecht in Berlin, und Bezirksbürgermeisterin Hannah Rosenbaum kritisieren den Einsatz scharf.

20.05.2022: Drei Jugendliche werden von der Polizei zu Boden geworfen & rassistisch beleidigt – weil sie zu dritt auf einem E-Scooter gefahren sind. Umstehende Zeug*innen werden bedroht, weil sie die Polizeigewalt dokumentierten.

25.05.2022: Polizist fährt mit dem PKW im Dietrich-Keuning-Park einen Mann an, um diesen für Personenkontrolle zu stoppen.

08.08.2022: Mouhamed Lamine Dramé mit Reizgas, Taser und Maschinenpistole beschossen mit tödlichem Ausgang (siehe Beitrag „Bericht zum Prozess“). **3**

19.10.2022: Taser gegen Obdachlosen in Dorstfeld mit tödlichem Ausgang (siehe Beitrag „Taser töten“).

25.12.2022: Nachdem Anwohner*innen sich über Lärmbelästigung beschwerten, will die Polizei die Fahrer eines PKWs kontrollieren. Da der Fahrer nicht auf die Anhaltezeichen reagiert, schießt die Polizei mehrfach auf das fahrende Auto auf der Leopoldstraße. **4**

03.04.2024: Wohnungsloser Mensch an der Reinoldikirche wird mit Taser und Pistole beschossen mit tödlichem Ausgang.

2014: Zivilist aus der Dortmunder Nordstadt hilft einem 15-jährigen Menschen mit Fluchtgeschichte, der von Polizeibeamt*innen in Zivil gewaltvoll zu Boden gebracht wird. Er erhält am darauffolgenden Tag eine Anzeige wegen Gefangenenbefreiung und tätlichen Angriffs auf einen Polizeibeamten. In der Polizeiakte wird dem Zivilisten Heroinabhängigkeit angedichtet, wie eine Polizeibeamtin ein Jahr später vor Gericht zugeben muss.

Januar 2021: Polizei wird aufgrund von Lärmbelästigung zu einer Party in einem Hausprojekt gerufen. Auf der Straße vor dem Haus ist kein Lärm zu hören. Auf der Party habe ein Beamter eine Frau bedroht und beleidigt, ihr gesagt, er habe „kein Problem damit, Frauen zu schlagen, Fotze“. Er habe sie mehrfach geschlagen, schließlich mit zur Wache Nord genommen. Die Frau ließen die Polizist*innen am nächsten Tag bei eisigen Temperaturen frei. In Strumpfhosen und nur mit einem Hemd bekleidet. Ein Prozess gegen die Frau wird eingestellt.

22.08.2023: Zwei Reporter, die unter anderem für den WDR arbeiten, recherchieren vor Ort, wo drei Abende in Folge Fahrzeuge in Brand gesetzt worden waren. Die beiden Reporter werden gewaltsam zu Boden gerissen und gefesselt. Nach Angabe der Betroffenen ignorieren die Polizist*innen den Hinweis, dass sie Reporter sind. **5**

07.07.2012: Der in der Nordstadt wohnende Ousman Sey wird verhaftet, nachdem er über Brustschmerzen klagte, jedoch keine medizinische Hilfe erhielt und bei dem Versuch, Gehör zu finden, lieber von der Polizei mitgenommen wurde. Er stirbt in Polizeigewahrsam.

14.10.2017: Polizei hetzt Hunde in Menschenmenge. **1**

01.03.2018: Razzia in einer Shisha-Bar. Die schwangere Frau des Betreibers wird beleidigt, ins Gesicht geschlagen, gewürgt und mit Handschellen fixiert. Ein Beamter hält die Frau minutenlang bäuchlings liegend auf dem Boden fest: „Drehst du jetzt noch einmal durch, haue ich dir was in die Schnauze. Dann kannst du deine Zähne aufsammeln“. **2**

Kompetenz Auswahl zuwächse

2000

13.04.2000: Kameraüberwachung im Landtag beschlossen

2012

2013

2014

2015

2016: Präsenzkonzert zur Bekämpfung der Kriminalität in der Dortmunder Nordstadt

2016

01.12.2016: Bodycams im Landtag beschlossen

2017

11.10.2017: Aufhebung der Legitimations- und Kennzeichnungspflicht im Landtag beschlossen

12.12.2018: Taser, strategische Fahndung und Entfristung der Kameraüberwachung im Landtag beschlossen

2018

18.12.2018: Ruhr Nachrichten: „Dortmunds Polizeipräsident will Videoüberwachung in der Münsterstraße einsetzen“

2019

11.02.2019: Strategische Fahndung in Innenstadt, Nordstadt und Lütgendortmund beginnt (bis Anfang April 2019)

2020

31.05.2021: Kameraüberwachung in der Münsterstraße beginnt (zum aktuellen Zeitpunkt bis 30.05.2025 verlängert)

Oktober 2021: Strategische Fahndung in Dortmund

2021

15.12.2021: Erweiterung der polizeilichen Befugnisse bei Versammlungen im Landtag beschlossen

01.04.2022: Strategische Fahndung in der Innenstadt beginnt (bis 27.05.2022)

2022

30.09.2022: Strategische Fahndung am Wallring und in der südlichen Nordstadt beginnt (bis 01.01.2023)

2023

13.06.2019: Strategische Fahndung in Nordstadt beginnt (bis 12.07.2019)

06.12.2019: Dortmunder Polizist*innen ab jetzt mit Bodycams unterwegs

06.03.2023: Kameraüberwachung im Dietrich-Keuning-Park beginnt (zum aktuellen Zeitpunkt bis 30.06.2025 verlängert)

05.06.2023: Strategische Fahndung rund um den Borsigplatz beginnt (bis 16.07.2023)

05.10.2023: Polizei freut sich über Neubau: „Das Warten hat ein Ende“

2024

1 <https://www.ruhrbarone.de/kontroverse-um-polizeieinsatz-in-der-nordstadt/148266/>

2 <https://amnesty-polizei.de/schwerer-vorwurfe-gegen-die-polizei-dortmund/>

3 <https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-01/polizeigewalt-mouhamed-drame-dortmund-opfer>

4 <https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/nach-schuessen-auf-auto-an-weihnachten-polizist-aus-dortmund-offenbar-von-staatsanwalt-angeklagt-w842364-2001101051/>

5 <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/nahaufnahme/2024>

Taser töten

Am Morgen des 19. Oktober 2022 läuft ein obdachloser Mann laut schreiend durch Dorstfeld und schlägt gegen Autos. Er ist psychisch und physisch krank, steht unter Alkoholeinfluss und hat eine Herzerkrankung. Nachdem die Polizei eintrifft, soll der Mann versucht haben, in den Streifenwagen zu gelangen. Ein Taser wird gegen ihn eingesetzt. Er verstirbt in der Nacht im Krankenhaus.

Im Jahr 2021 werden in der Dortmunder Nordstadt und nur in diesem Stadtteil DEIG (Distanzelektroimpulsgeräte) – umgangssprachlich Taser genannt – probeweise eingesetzt. Anstatt der versprochenen Auswertung, die im Frühjahr 2022 erfolgen sollte, werden sie nach zehn Monaten direkt in den Regelbetrieb übernommen. Im Streifendienst werden Taser auch in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland eingesetzt, in anderen Bundesländern werden sie nur von Spezialkräften verwendet.

In den USA werden Taser seit den frühen 2000ern eingesetzt und gehören zur Standardausrüstung von Streifenpolizisten. Dort hat eine Untersuchung von Reuters 2019 gezeigt, dass mindestens 1081 Menschen an den Folgen eines Tasereinsatzes gestorben sind. Etwa 90% davon waren unbewaffnet und fast ein Viertel hatte psychische Erkrankungen. Besonders häufig sterben alte, herzkrank oder drogengebrauchende Menschen an den Folgen eines Taser-Einsatzes. Obwohl Deutschland daher noch weit entfernt von einem flächendeckenden Einsatz ist und sie erst 2018 das erste Mal im Streifendienst eingesetzt wurden, sind seither bereits mindestens zehn Menschen an den Folgen eines Tasereinsatzes gestorben. Die tödlichen Einsätze weisen erschreckende Ähnlichkeiten auf: Ein Mensch ist in einer psychischen Ausnahmesituation, er randaliert in seiner Wohnung, die Polizei will ihn „überwältigen“ und setzt Taser ein.

Auch wenn die Innenministerien gerne Anderes behaupten, sind Taser tödliche Waffen. Die gängige Argumentation der Befürworter*innen ist, dass durch Taser Schusswaffengebrauch verhindert wird und allein die Androhung deeskalierende Wirkung habe. Doch das Gegenteil ist der Fall: Statt sich auf vermeintlich langwierige und herausfordernde Gespräche einzulassen, sind Taser die vermeintlich „schnelle Lösung“. Anstatt Sicherheitsabstand einzuhalten, muss der*die tasereinsetzende Polizist*in auf wenige Meter herangehen. Das eskaliert die Situation weiter, gerade bei Menschen in psychischen Ausnahmesituation, und veranlasst erst recht den Schusswaffengebrauch.

Die durch die gängigen Taser-Modelle verursachten Schmerzen sind außerdem so erheblich, dass das UN-Komitee gegen Folter Tasereinsätze als gegen die UN-Konvention verstoßend verurteilt hat. Dies wurde in verschiedenen Verfahren gegen tasereinsetzende Länder festgestellt,

z. B. gegen die Niederlande, Neuseeland und die USA. Sie weisen insbesondere darauf hin, dass Taser zur „weißen Folter“ genutzt werden können, also Folter, bei der Betroffene durch die geringen entstehenden Wunden Probleme haben nachzuweisen, dass ihnen körperliche Gewalt widerfahren ist. Daher warnt das UN-Komitee gegen Folter aufgrund des hohen Missbrauchspotentials vor dem Einsatz von Tasern. Wenn diese trotzdem angeschafft werden, müssen Maßnahmen ergriffen werden, sie nur in Ausnahmesituationen einzusetzen.

Taser stellen eine Gefahr für unsere Sicherheit dar. Sie sind Teil einer Militarisierung der Polizei, der wir uns überall entgegenstellen müssen. In NRW müssen Taser schnellstmöglich wieder abgeschafft werden und ihre Einführung in anderen Bundesländern muss verhindert werden. Statt einer immer weiteren Aufrüstung brauchen wir einen solidarischen Umgang mit Menschen in psychischen Krisensituationen, wie z. B. durch die Arbeit eines mobilen und qualifizierten Kriseninterventionsteams.

Staatsgewalt gegenüber armen & wohnungslosen Menschen hat System und Geschichte

In Dortmund gibt es mehrere tausend Menschen, die auf der Straße leben. In den letzten Jahren ist die staatliche Gewalt gegenüber diesen Menschen drastisch angestiegen. Gruppen, wie Face2Face und Schlafen statt Strafen kämpfen gegen die Verdrängung von wohnungslosen Menschen und setzen sich zusammen mit den Menschen laut gegen die staatliche Gewalt ein. Schlafen statt Strafen besetzten Anfang 2023 gemeinsam mit obdachlosen Menschen einen zentralen Platz in der Innenstadt und bauten ein Protestcamp für neun Tage auf. Gefordert wurde bedarfsgerechte Hilfen und Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen. Eine Verbesserung der Situation ist nicht eingetreten, sprich es wurden keine Wohnungen oder Schlafplätze zur Verfügung gestellt, es mangelt weiterhin an entsprechenden Angeboten der gesellschaftlichen Partizipation und die Menschen werden weiterhin aus dem öffentlichen Raum verdrängt.

„Polizei und Ordnungsamt dienen dem Staat zur Verdrängung“
– Sozialarbeiter*in in der Wohnungslosenhilfe

und die Polizei verstärkt gegen wohnungslose Menschen vorgingen. Viele berichteten von ständiger Repression, wie dem Entsorgen und Vernichten von persönlichen Gegenständen, sowie der stetigen Vertreibung und natürlich Bußgeldern. Viele dieser Bußgelder nach dem Infektionsschutzgesetz erreichten Menschen ohne festen Wohnsitz bzw. aus Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe erst nach Monaten auf dem Postweg an. Es mutet zynisch an, dass an-

dere Menschen im öffentlichen Raum, die nicht als wohnungslos vorverurteilt wurden, oftmals nur eine Verwarnung erhielten.

Im November 2023 bekamen erstmalig z. B. die Ordnungskräfte für das allerliebste neoliberale Winterfest der Christen in der Innenstadt Bodycams, um alkoholisierte und drogenabhängige Menschen, nicht nur zu verdrängen vom schönen Weihnachtsmarkt, sondern auch die Taten aufzuzeichnen ²⁷.

Taser-Einsatz

Während der Corona Pandemie wurde zum ersten Mal der Tasereinsatz ausschließlich in der Dortmunder Nordstadt erprobt. Die ersten Tasereinsätze trafen wohnungslose Menschen, die von Privatgeländen bzw. öffentlichem Plätzen verschwinden sollten. Ein Fall wurde damals aufgenommen: Im Video kann beobachtet werden, wie ein obdachloser Mensch aus einem Haus von der Polizei rausgeholt wird und der Taser zum Einsatz kommt, obwohl insgesamt mehr als sechs Polizeikräfte vor Ort waren. Dies ist leider kein Einzelfall.

In den letzten drei Jahren sind mindestens zwei obdachlose Menschen durch Polizeieinsätze verstorben. Am 3. April 2024 wurde ein wohnungsloser Mensch von der Polizei mitten in der Innenstadt erschossen.

Die Gewalt hat System

Die Einsätze des Ordnungsamtes sind kommunal geregelt. Das bedeutet, erst wenn eine Stadt eine formelle Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung an öffentlichen Straßen und Anlagen erlässt, können Polizei und Ordnungsamt eingreifen ²⁸. Betrachten wir diese Gewalt von Polizei und Ordnungsamt, die von der Kommune beauftragt sind – die wiederum die gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigt – muss festgestellt werden, dass diese Gewalt nicht nur System hat, sondern als subversiv zu betrachten ist.

Die staatliche Gewalt gegenüber obdachlosen und armen Menschen ist kein neues Phänomen. Schon im 17. Jahrhundert wurde die Reichspolizei dafür eingesetzt, die Massenarmut durch Ordnung und Zwangsarbeit zu unterbinden. Arme bzw. obdachlose Menschen sollten durch erzieherischen Maßnahmen wieder arbeitsfähig gemacht werden. Zwar wurde dies später durch gesellschaftliche Transformationen hinterfragt, unverändert blieb jedoch das Bild der armen und wohnungslosen Menschen, die bis heute als faul diskriminiert und als störend gewertet werden ²⁹.

„Somit war und ist Polizei schon immer ein Mittel gewesen, um nicht nur das Eigentum zu schützen, sondern auch die unangepassten Menschen durch Maßnahmen zu erziehen und zu verdrängen.“

– Sozialarbeiter*in in der Wohnungslosenhilfe

²⁷ Ruhr Nachrichten (02.11.2023). Das Ordnungsamt rüstet auf Mit Bodycams über den Dortmunder Weihnachtsmarkt. <https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/ordnungsamt-geht-mit-bodycams-auf-den-weihnachtsmarkt-rechts-dezernent-kuendigt-modellversuch-an-w802518-2000990241/>, zuletzt abgerufen am 18.09.2024

²⁸ Schoch, F. (2012). Behördliche Untersagung „unerwünschten Verhaltens“ im öffentlichen Raum. In JURA – Juristische Ausbildung, Nr. 11, S. 858-866

²⁹ Hippel, W. (2013). Armut, Unterschichten, Randgruppen in der frühen Neuzeit. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag

Repression gegen drogenabhängige Menschen

Im Jahr 2023 gab es diverse Beschwerden von Anwohner*innen und Restaurantbesitzer*innen gegenüber Menschen, die den Drogenkonsumraum nutzen. Aufgrund der Vergrößerung des Konsumraums, sei auch die Anzahl der Klient*innen gestiegen, so die lokale Berichterstattung ³⁰.

Dazu Polizeipräsident Lange:

„Rund um den Drogenkonsumraum wurden in diesem Jahr bisher 23 Strafanzeigen mit Bezug zum Betäubungsmittelgesetz gefertigt. Für mich steht außer Frage: Ein leistungsfähiger Drogenkonsumraum ist elementar wichtig für die Suchthilfe in Dortmund, weil er Probleme von der Straße holt. Um die Probleme auf der Straße kümmern wir uns.“ ³¹

In den Augen der Polizei ist der Drogenkonsum im öffentlichen Raum ein Anliegen, um welches die Polizei sich zu kümmern habe. Und dies betreibt sich mit großem Eifer! Allein im Sommer 2023 liefen fast 100 Schwerpunkt-einsätze in der Innenstadt, welche vor allem gegen Dealer und illegalen Drogenkonsum gerichtet waren. ³²

Aktuell vergeht kaum ein Tag, an welchem die Pressestelle der Polizei Dortmund nicht über den Drogenkonsum in diesem Teil von Dortmund schreibt. Neben einer guten Statistik für die Polizei ist es laut Lange vorrangiges Ziel, „wenn man die Betroffenen in das Hilfesystem verdrängen könne.“ ³³ Damit ist klar, dass wohnungslose Menschen sowie Menschen, die betteln oder drogenabhängig sind, nicht nur verdrängt werden sollen, sondern durch die ständigen Kontrollen in das aktuelle Hilfesystem gezwungen werden. Dieses Hilfesystem ist allerdings keines, wenn dies eine weitere Maßnahmen zur Erziehung darstellt.

Ähnlich gelagerte Beispiele nennen wohnungslose Menschen, die Klaus Jünschke für sein Buch „Gefangen & Wohnungslos – Gespräche mit Obdachlosen in Haft“ interviewt hat. Die Menschen beschreiben nicht nur die Polizeigewalt und die daraus zusätzlichen Strafen, sondern berichten von der täglichen und fluiden Schikane und Diskriminierung durch Kontrollen von Cops und Ordnungsamt - sowie die direkte körperliche Gewalt.

Genau diese Bilder sehen und hören wir verstärkt in der Dortmunder Innenstadt sowie der Nordstadt. Wohnungslose Menschen berichten Vereinen, Initiativen und Gruppen, z. B. bodo e. V., Schlafen statt Strafen und Face2Face immer wieder von Gewalt und Diskriminierung. Insbesondere zu besonderen Anlässen, wie dem Weihnachtsmarkt oder der Fußball-Europameisterschaft im Sommer sollte die Räume rund um den Hauptbahnhof und die Innenstadt frei von wohnungslosen, bettelnden und armen Menschen sein. Attraktivität und Konsum auf Kosten von Menschenleid.

„Da spielt es überhaupt keine Rolle, dass dies mehr Kosten für den Staat sind, anstatt die Gelder bei Polizeieinsätzen gegenüber Wohnungslosen zu sparen und einfach für alle ein 0 €-Ticket zur Verfügung zu stellen.“

– Sozialarbeiter*in in der Wohnungslosenhilfe

In Dortmund ist im Juni 2024 ein wohnungsloser Mann in Polizeigewahrsam verstorben. Obwohl dieser Anzeichen einer Lungenentzündung aufwies, wurde er nicht in ein Krankenhaus gebracht, sondern festgenommen. Staatsanwalt Giesenregen dazu: „Ihm hätte niemand mehr helfen können. Er war dem Tode geweiht.“^[30] Fakt ist, Staatsanwält*innen können nur medizinische Berichte wiedergeben, aber nicht beurteilen bzw. habe nicht das Wissen, diese Situation fachgerecht zu beurteilen. Es stellt sich die Fragen, ob dieser Mensch noch leben würde, wenn es eine medizinische Versorgung direkt vor Ort gegeben hätte. Wir wissen es nicht.

Polizei und Ordnungsamt müssen die finanzielle Mittel gestrichen werden. Wohnungsnot wird nicht mit Polizeigewalt und diversen erzieherischen Maßnahmen gelöst. Die Stadt Dortmund hat die Pflicht, soziale Projekte besser finanziell zu unterstützen, eine flächendeckende und umfassende medizinische Versorgung sicherzustellen und Leerstand sinnvoll z. B. für Wohnprojekte zu nutzen. Schließlich ist es bundesweites Ziel bis 2030 keine Wohnungsnot mehr zu haben, sprich Obdach- und Wohnungslosigkeit soll durch Wohnangebote bekämpft werden – wer das für wahr hält! Wir schließen uns den Forderungen von „Schlafen statt Strafen“ an und fordern die Stadt Dortmund zum Handeln auf!

^[30] WDR (06.09.2023). Crack-Konsum: Dortmunder Krisenstab soll Lösungen finden. <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/drogen-crack-krisenstab-dortmund-100.html>, zuletzt abgerufen am 21.09.2024

^[31] Ruhr Nachrichten (20.08.2023). Bekämpfung der Drogenszene in Dortmunds City Tun Ordnungsamt und Polizei genug? <https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/drogenszene-in-dortmund-polizei-chefstrafanzeigen-loesen-suchtprobleme-nicht-w770592-2000903603/>, zuletzt abgerufen am 18.09.2024

^[32] Polizei Dortmund (03.11.2023) Fast 100 Schwerpunktsätze in der Innenstadt mit rund 850 Anzeigen. <https://dortmund.polizei.nrw/presse/fast-100-schwerpunktsaetze-in-der-innenstadt-mit-rund-850-anzeigen>, zuletzt abgerufen am 18.09.2024

^[33] Ruhr Nachrichten (15.11.2023). Verstärkte Kontrollen in Dortmunds City. <https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/dortmunder-weihnachtsmarkt-2023-polizei-will-deutliche-praesenz-zeigen-w807636-2001002657/>, zuletzt abgerufen am 18.09.2024

^[34] Ruhr Nachrichten (07.06.2024). Staatsanwalt nennt neue Details zu totem Mann in Polizeigewahrsam „Er war dem Tode geweiht“. <https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/dortmund-tod-polizeigewahrsam-todesursache-obduktion-staatsanwalt-w890459-2001239531/>, zuletzt abgerufen am 18.09.2024

Polizeinarrative und solidarische Gegenöffentlichkeit – Bericht zum aktuellen Prozess am Dortmunder Landgericht

von Radio Nordpol

Mouhamed Lamine Dramé gelangte auf seiner Flucht aus dem Senegal zuletzt nach Dortmund in eine Jugendeinrichtung, wo sein langer und vermutlich traumatisierender Weg zunächst beendet schien. Kurz nach seiner Ankunft bemerkte er, dass sich sein psychischer Zustand verschlechterte, und er bemühte sich eigenständig um Hilfe. Nach einem weiteren, akuten Zusammenbruch äußerte Mouhamed suizidale Gedanken, saß zuletzt regungslos mit einem auf ihn gerichteten Küchenmesser in einer kleinen Ecke des Hofes der Jugendeinrichtung. Der Notruf der Betreuer*innen lief jedoch aufgrund von fehlenden Alternativen bei der Polizei ein und die Beamt*innen der Wache Nord gingen hochgerüstet mit Taser und Pfefferspray in diesen Einsatz, der für Mouhamed tödlich verlaufen sollte.

Obwohl durch den Notruf bekannt war, welche Sprachen Mouhamed verstand, wurde diese Information anscheinend nicht an die Einsatzkräfte vor Ort weitergegeben. Deren Ansprachen blieben für Mouhamed unverständlich und er reagierte in seiner passiven Haltung nicht. Durch

den Einsatz von Reizgas und Taser wurde die statische Lage durch die Cops beendet und Mouhamed versuchte diesem Angriff gegen ihn zu entkommen. Da sein einziger Fluchtweg in Richtung Polizeibeamt*innen war, werteten diese die wenigen Schritte Mouhameds als Angriff auf sie. Der „Last Man Standing“, wie ihn der Einsatzleiter nannte, Fabian S. schoß mit einer MP5 auf Mouhamed, welcher von fünf Kugeln getroffen im Krankenhaus verstirbt.

Ein weiterer Polizeieinsatz mit tödlichem Ende für einen migrantisierten Menschen. Ein weiterer Einsatz, über den vielleicht kurz berichtet worden wäre – der aber sicher nicht viel Platz in der Aufmerksamkeitsökonomie dieser weißen Gesellschaft gefunden hätte, wären nicht kurz nach der Erschießung Mouhameds hunderte Menschen in Dortmund laut geworden, wären nicht trauend, wütend und entschlossen in der Stadt und vor der Wache Nord demonstriert worden.

Die Polizei NRW zog daraufhin unmittelbar Konsequenzen: Zunächst einmal wurde – wie üblich – eine Anzeige der Polizei gegen Mouhamed gestellt, die Wache Nord wurde personell aufgestockt und der Dortmunder Polizeipräsident Gregor Lange sprach Medien gegenüber von verunsicherten Polizeibeamt*innen, die nun die Rückdeckungen des Polizeipräsidentiums benötigen würden.

Seit Ende 2023 stehen nun der Schütze und die anderen angeklagten Polizeibeamt*innen der Wache Nord vor Gericht. Angeklagt sind der Einsatzleiter Thorsten H., der Todesschütze Fabian S. und die drei Beamt*innen Jeannine Denise B., Markus B. und Pia Katharina B..

Dieser Prozess ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis der dauerhaften

und mühevollen Arbeit solidarischer Menschen ist, womit Mouhamed eine der wenigen Ausnahmen unter den vielen anonymen Opfern polizeilicher Gewalt ist, deren Tod vor Gericht beurteilt wird. Es ist überhaupt das erste Mal seit 1945, dass ein Polizist wegen Totschlags im Einsatz vor Gericht steht.

Im Prozess ist zu beobachten wie die Verteidigung der Polizist*innen versucht den katastrophalen Einsatz, ihr tödliches Versagen in ein Narrativ zu verpacken, dass die Polizei als Opfer darstellt. Und dies nicht nur im Tathergang am 08. August, sondern auch in ihrer alltäglichen Arbeit, weit über die Tötung Mouhameds hinaus. So schildert die Verteidigung der Cops vor der Presse ausführlich, wie belastet die Beamt*innen durch den Prozess seien, dem Hauptangeklagte Fabian S. wird darauf aufbauend nach seiner späten Einlassungen im Sommer 2024 eine riesige unkritische Medienaufmerksamkeit zuteil.

Die anwesenden Brüder Sidy und Lassana Dramé hingegen werden im Gericht kaum eines Blickes gewürdigt. Selbst als ihre Anwältin Lisa Grüter um die Möglichkeit eines Wortbeitrages bittet, wird dies abgelehnt. Der Name ihres Bruder ist sehr lange nicht präsent im Gerichtssaal. Mouhamed wird hier zum Objekt gemacht. Durch polizeiliche Dienstsprache ein weiteres Mal ausgelöscht. Er ist der Geschädigte, er bleibt namenlos, seine Geschichte und sein Leben ohne Bedeutung.

Es ist aber nicht nur eine Täter-Opfer-Umkehr, die im Prozess zu beobachten ist. Die Aussagen der Cops sind zum Teil abgesprochen, manchmal auch nicht dem erlaubten Verfahren entsprechend, wie u.a. ihre Chatprotokolle nach der Tötung Mouhameds belegen:

Auszug aus einem Chatprotokoll:

„Heute Abend um 21 Uhr kommt der Stankowitz noch vorbei und will ein inoffizielles Gespräch mit uns führen. Damit wir nicht komplett unvorbereitet morgen dahin gehen. Das ist aber wohl eigentlich nicht so ganz erlaubt und er bewegt sich damit auf dünnem Eis.“

– Polizeibeamtin Pia B. schreibt an den Beamten Kevin F., der als Zivilpolizist am Einsatz beteiligt war, einen Tag vor der Suspendierung; Achim Stankowitz ist seit Dezember 2021 Leiter der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz im Polizeipräsidium Dortmund, mit 1.300 Beamt*innen, die größte Direktion des Präsidiums

35 Radio Nordpol (22.08.2024): Presseschau zum Prozess im Fall der Tötung von Mouhamed Lamine Dramé. <https://radio.nrdpl.org/2024/08/22/presseschau-zum-prozess-im-fall-der-toetung-von-mouhamed-lamine-drame/>, zuletzt abgerufen am 18.09.2024

Beobachter*innen, die es in den Verhandlungssaal schaffen – nicht immer werden alle Zuhörer*innen auch nach mehrstündiger Wartezeit eingelassen – sind immer wieder fassungslos, wie der Vorsitzende Richter Kelm den angeklagten Cops die Bühne überlässt.

Neben der fehlenden Nennung von Gründen für nicht zugelassene Beweismittel und Kelms eigensinniger Art der Prozessführung, können die Angeklagten und ihre Verteidiger ihre Narrative der Copagenda setzen. In einer umfassenden Analyse der Medienberichterstattung **35** – insbesondere des siebenteiligen-WDR-Podcasts u.a. mit dem Todeschützen Fabian S. – konnten wir zahlreiche Belege für diese Copagenda sowie rassistische Stereotypisierung, die Reproduktion dieser, als auch mangelhafte journalistische Arbeiten finden, die die Erzählung der Beamt*innen stützen.

Mitte August wurde öffentlich, dass die geplanten Prozesstermine bis Dezember 2024 verlängert werden. Es ist unklar wie geurteilt werden wird, aber dass das systemische Versagen im Urteil berücksichtigt werden wird, ist zu bezweifeln.

Der Prozess am Landgericht Dortmund wird von vielen solidarischen Menschen und Gruppen begleitet. Radio Nordpol versteht sich als Medium der kritischen Öffentlichkeit und berichtet seit Beginn vom Prozess. Neben einem Rückblick auf den aktuellen Verhandlungstag, lassen wir Vertreter*innen des Solidaritätskreises Justice4Mouhamed, der Opferberatungsstelle BackUp, des NSU Watch, des Komitee für Grundrechte, dem Arbeitskreis der Kritischen Jurist*innen sowie weitere Menschen, die sich solidarisch mit der Familie Dramé vor Gericht zeigen, zu Wort kommen. Ergänzt wird die Prozessbegleitung des Radios durch weitere Podcast-Folgen, die sich mit speziellen Themen, wie z. B. dem juristischen Begriff der Notwehr beschäftigen.

Krisendienst statt Polizeieinsatz

Vor zwei Jahren wurde Mouhamed Lamine Dramé, von Polizist*innen der Dortmunder Wache Nord getötet. Mouhamed befand sich über mehrere Tage in einer psychischen Krisensituation. Als Mouhamed am 08.08.2022 suizidale Gedanken äußerte und drohte, sich mit einem Messer selbst zu verletzen, riefen die Mitarbeiter*innen der Jugendhilfeeinrichtung den Polizeinotruf an. Selbst am Telefon äußerte der Mitarbeiter noch den Zweifel, ob die Polizei die richtige Stelle für ein solches Problem sei, aber in Dortmund gibt es keine Alternative.

Mouhameds Fall steht exemplarisch für so viele Menschen, die sich in psychischen oder psychosozialen Krisen befunden haben und (tödliche) Polizeigewalt erfahren mussten. In Köln wurde kurz zuvor Jouzef B. bei der Zwangsräumung seiner Wohnung erschossen. Eine psychische Erkrankung wurde drei Tage zuvor durch den gesetzlichen Betreuer und ein Gericht bestätigt. Als der Gerichtsvollzieher mit polizeilicher Unterstützung vor seiner Tür stand, geriet Jouzef in Panik und holte ein Messer. Die Polizei handelte – wie immer – aus Notwehr.

Auch der Tod Jouzefes ist kein Einzelfall. Im Gegenteil: die überwiegende Anzahl der Menschen, die in Polizeieinsätzen getötet werden, befanden sich in einer psychischen oder psychosozialen Krise. Die Organisation Death in Custody beobachtet einen Anstieg der psychosozialen Krisen und Polizeigewalt – insbesondere bei Menschen, die von Armut oder Rassismus betroffen sind oder Menschen mit Fluchtgeschichte. ³⁶

Wenn gleich diese Fakten bekannt sind, wurden bisher keine wirklichen Konsequenzen für die Institution Polizei daraus gezogen. Stattdessen beschreibt Birgit Rydlewski in ihrem Blog die immer gleiche Strategie: „Polizei will überwältigen, Situationen in kurzer Zeit mit

Macht- und Gewaltausübung beenden. Sich bei Überforderung zurückziehen, ist in dem Mindset gar nicht vorgesehen.“ ³⁷

Es ist deswegen notwendig, über ambulante Krisendienste für Menschen in psychischen Krisensituationen zu sprechen. Die Polizei hat nicht das Mandat und ist auch nicht dafür ausgebildet, sich um Menschen in psychischen Krisensituationen zu kümmern. Daran ändern auch Zusatzausbildungen und Training der Polizist*innen nichts. Anstelle der Polizei setzen einigen wenige Kommunen in Deutschland auf ambulante Krisendienste. In Berlin besteht der Krisendienst u.a. aus einer Notfallnummer, die durchgehend erreichbar ist und ambulante Hilfen anbietet. Dieser Krisendienst wird von wohlfahrtsstaatlichen Trägern und den Bezirken des Landes Berlin finanziert. Eine enge Kooperation mit der Polizei ist aufgrund der Träger- und Finanzierungsstrukturen inhärent. Notwendig ist allerdings ein unabhängigen Krisendienst, der auch polizeikritisch agieren kann.

Aber ein Krisendienst hat nicht das Ziel die Gesellschaft zu transformieren. Primär geht es darum, die Notsituation durch empathisches Handeln aufzulösen und das Schlimmste zu verhindern: tödliche Gewalt durch die Polizei oder den Suizid.

³⁶ Death in Custody (2024). Recherche. <https://doku.deathincustody.info/recherche/>, zuletzt abgerufen am 19.09.2024

³⁷ Rydlewski, B. (2022). Was tun in Situationen mit Menschen in psychischen Krisen? <https://birgit-rydlewski.de/2022/11/01/was-tun-in-situationen-mit-menschen-in-psychischen-krisen/>, zuletzt abgerufen am 19.09.2024

Für einen ambulanten und beratenden unabhängigen Krisendienst empfiehlt es sich, eine Struktur mit multiprofessionelle Teams (Sozialarbeiter*innen, Psychotherapeut*innen, Mediziner*innen usw.) aufzubauen. Hierfür gibt es mehrere Lösungsansätze:

Unabhängige Vereinsstruktur:

Diese könnte, wenn sie keine Fördergelder vom Staat bezieht, unabhängig und Polizei kritisch arbeiten. Nachteil bei dieser Variante ist der langwierige und bürokratische Prozess bis zum Beginn der originären Arbeit eines Krisendienstes. Eine finanzielle Sicherheit für die professionellen Mitarbeiter*innen ist zwingend erforderlich, daher ist eine stabile Finanzstruktur des wirtschaftlich tätigen Vereins unumgänglich.

Frei-Gemeinnützige Strukturen innerhalb eines Wohlfahrtsträgers:

Krisendienste können auch als Teil existierender Wohlfahrtsträger etabliert werden. Die meisten Wohlfahrtsverbände erhalten schon diverse Projektgelder aus der öffentlichen Hand und bieten eine stabile Infrastruktur. Allerdings sind der Polizeikritik sowie der öffentlichen Äußerung dieser durch die finanziellen Abhängigkeiten eines Wohlfahrtsträgers Grenzen gesetzt. Der Berliner Krisendienst arbeitet eng mit der Polizei zusammen, es bestehen z. B. hinsichtlich der Fortbildungsmaßnahmen Kooperationen.

Notärztliche Strukturen:

eine dritte Möglichkeit wäre eine Notfallstruktur, die direkt kommunal aufgebaut und finanziert wird, ähnlich wie ein RTW-System, zu implementieren. Ebenso stellen sich natürlich auch in diesem Fall die wechselseitig bedingten Fragen der Unabhängigkeit und der Finanzierung. Gleichzeitig ist die Einbindung in Notfallinfrastrukturen einfacher, sodass in Krisensituationen die Polizei nicht mehr angerufen werden muss und der Situation direkt fernbleibt.

Zentral für einen ambulanten Krisendienst ist die dauerhafte Erreichbarkeit über einen Notruf. Zusätzlich können Krisendienste niederschwellige aufsuchende Arbeit übernehmen, sowie anonyme Dokumentation und Gruppen- und Einzelangebote machen. Besonders wichtig: Die Beratung darf nicht erzwungen oder durch Kliniken, Ämter und Polizei veranlasst werden. Der Krisendienst basiert auf freiwilliger Zusammenarbeit zwischen Fachpersonal und Betroffenen. Expert*innen eines Krisendienstes

sollten offen gegenüber allen Menschen sein, emphatisch reagieren können, sowie psychische Erkrankungen nicht nur kennen, sondern auch Kenntnisse im Umgang mit diesen besitzen. Ein zusätzliches Netzwerk von Dolmetscher*innen, welches in Kooperation mit dem Krisendienst arbeitet, ist wichtig, um eine Sprachbarrieren zu überwinden. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, müssen die Fachmitarbeiter*innen dementsprechend finanziell unterstützt werden.

Abolitionismus

30 Freiheitsstrafe ohne Jugendstrafe und Sicherungsverwahrung, Statistisches Bundesamt, Fachserie 10, Reihe 4.1, 2022 und Bundestag, Drucksache 20/8816 vom 25.8.2023.

Es ist nicht so, dass die ganze Welt die Polizei lieben würde. Aber während die einen sogar von einem Machtungleichgewicht profitieren, erscheint sie selbst skeptischen Menschen oft als notwendiges Übel. Es liegt allerdings in der Verantwortung der Gesellschaft, bei Polizeiübergriffen genau hinzusehen und Kritik zu formulieren.

Der daran anschließende Schritt ist die Suche nach Lösungsansätzen. Hier wird oft der Ruf nach Polizeireformen laut. Die Maxime „Defund the Police“ hilft dabei, kritisch zu hinterfragen, ob diese wirklich etwas verbessern würden, oder ob letztlich die Polizei noch mehr Möglich-

keiten erhielte, in das Leben von Menschen einzugreifen und Gewalt anzuwenden. Reformen tasten den Nimbus der Alternativlosigkeit nicht an. Ebenso werden strukturelle Ursachen leicht ignoriert, womit gemeint ist, dass rechtliche Rahmenbedingungen und Mandat der Institution Polizei ein stereotypes Denken und Handeln begünstigen und einer selbstreflektierenden Fehlerkultur entgegenarbeiten. Es klingt in „Defund the Police“ bereits an, dass die Verfügung von Ressourcen (finanziellen wie organisatorischen) an anderer Stelle als bei Polizei und Ordnungsamt eher dazu geeignet ist, gesellschaftlich und individuell Gutes zu bewirken.

Defund the Police als Strategie auf dem Weg zur Abschaffung der Cops

„Abolitionismus“ (Abschaffung) nannte sich im 19. Jahrhundert eine Bewegung gegen die Sklaverei, die sich in Europa, Afrika und Amerika ausbreitete. Verbindungen zwischen Rassismus, Unterdrückung und Gewaltausübung bestehen weiter fort. Heute kann der Begriff Abolitionismus als gedanklicher Horizont dabei helfen, sich eine Welt vorzustellen, in der strafende Institutionen wie die Polizei, Gefängnisse und Jobcenter überholte Einrichtungen geworden sind.

Eine Erkenntnis ist, dass die Polizei keine der ohne Zweifel vorhandenen sozia-

len Missstände löst, jedenfalls nicht auf eine gerechte Art und Weise, und diese oft sogar verschärft. Das verwundert nicht, denn als die Polizei 1791 in Frankreich und 1829 in London ins Leben gerufen wurde, war mindestens eine wesentliche Motivation, eine ökonomische Entwicklung abzusichern, die ausgehend von einem Wandel der Produktionsweisen und Verdichtung von Warenströmen in einem Konflikt zwischen dem Durchsetzungswillen individueller Rechtsansprüche und dem Anspruch auf Existenzsicherung und Partizipation mündeten.

Polizeiliche Repressionen

Von den Menschen, die zum Stichtag 31. März 2019 in Gefängnissen inhaftiert waren, befanden sich 10 % **30** als Ersatz für eine Geldstrafe dort, ein Drittel dieser Menschen sind wohnungslos. Wenn die Polizei die Aufgabe erhält, den Aufenthaltsstatus von Menschen zu kontrollieren, führt dies fast unweigerlich dazu, dass je nach Aussehen manche Menschen wesentlich häufiger als andere kontrolliert werden. Mit der Deklaration sogenannter „gefährlicher Orte“ können

Stadtteile in einen Ausnahmezustand versetzt werden, und gesteuert werden, welche Teile des öffentlichen Lebens wo sichtbar sind. Strukturelle Missstände sollen durch das Narrativ der individuellen Schuld überdeckt werden. Oft trifft dies Orte, die nicht in das Stadtmarketing passen, entweder weil es den Menschen an Lebensqualität und Perspektiven fehlt oder sie eine eigene Lebensweise bevorzugen.

Viele Vertreter*innen der Polizei stellen

ihr Handeln gerne als objektiv und neutral dar und betonen, dass sie Sicherheit garantieren. Die genannten Beispiele zeigen, dass diese Darstellung strukturelle Ungleichheiten verschweigt, und dass die polizeilichen Eingriffe Barrieren in der Gesellschaft weiter verstärken: Es können sich Menschen nicht auf Augenhöhe begegnen, wenn die einen gedemütigt werden dürfen, und die anderen sich darin bestärkt sehen, auf die Erstgenannten hinabzusehen und sie beispielsweise durch niedrigere Löhne ausbeuten zu lassen. Abolitionismus beinhaltet eine auf der Menschenwürde basierende Kritik an abweisenden Staatsgrenzen und den mit einer

kapitalistischen Ausrichtung der Wirtschaft zusammenhängenden Herrschaftsverhältnissen.

Die Polizei hat in den letzten Jahren eine starke Militarisierung erfahren. So sind auch Einsatzgruppen der Wache Nord mit Tasern und Maschinenpistolen ausgestattet.

Dadurch entsteht für die Bevölkerung das Bild, wir bräuchten heutzutage flächendeckend derartig ausgestattete Trupps. Tatsächlich besteht aber ein Großteil der Polizeiarbeit aus relativ ungefährlichen Aufgaben, wie der Aufnahme von Verkehrsunfällen und Maßnahmen der Prävention und Beratung. Aus dem täglichen Mitführen der Waffen erwächst ein Missbrauchsrisiko.

Gesellschaft ohne Cops

Es kann gelingen, den polizierten Raum zu reduzieren. So taten sich die Menschen in Manchester zusammen und erreichten, dass die Polizei nicht mehr in den Schulen präsent ist. In Chicago und anderen Städten wurde im Rahmen von Protestcamps auf öffentlichen Plätzen die Umsetzung abolitionistischer Zielsetzungen erfahrbar gemacht, indem mit Angeboten von Essen, Kleidung, Bildung, Kunst, Literatur und gegenseitiger Begegnung exemplarisch eine sinnvollere Nutzung des Polizei-Budgets angedeutet wurde. Viele kleine selbstorganisierte solidarische Hilfsangebote existieren bereits auch in unserer Nähe, sind aber noch nicht immer allen bekannt.

Wenn Menschen ohne Polizei leben, finden sie in der Regel einen Umgang mit physischer und sexueller Gewalt und Streitigkeiten. Beispielsweise indigene Gemeinschaften und Menschen, die sich darüber bewusst sind, dass die Polizei zu rufen für sie zu gefährlich ist. Welche aktuellen Ideen, mit Gewalt umzugehen, gibt es? Eine Möglichkeit ist „Restorative Justice“. Dabei handelt es sich um ein Verfahren, an dem alle Menschen mit Bezug zu dem Fall teilnehmen sollten. Dabei werden verschiedene Gesichtspunkte erörtert: Was benötigt die Person, die Gewalt erfahren hat? Wie kann die Person, die die Gewalt ausgeübt hat, Wiedergutmachung leisten? Wie kann die Beziehung unter den

Menschen geheilt werden? Dies ist ein anderer Ansatz als eine normierte Gefängnisstrafe, die zwar einen begrenzten Schutz bietet, aber auch die sozialen Bindungen der Inhaftierten aufs Spiel setzt und keine Form einer nachhaltigen Gerechtigkeit erreicht.

Dieser Ansatz eignet sich nicht in Fällen, bei denen ein wahrgenommenes oder reales Machtgefälle ursächlich war. Hier bietet sich „Community Accountability“ oder „Transformative Justice“ an. Denn für das genannte Machtgefälle gibt es oft begünstigende systemische Faktoren im Umfeld, die verstanden und verändert werden sollten. Wenn hierdurch eine weniger gewaltvolle Gesellschaft erreicht wird, in der gegenseitige Verantwortung selbst praktiziert wird, statt sie in Form der Polizei zu externalisieren, hätte dies einen deutlich nachhaltigeren Effekt als ein Strafreime. Auch Abolitionismus will Schutz und Sicherheit geben, aber dabei keine Gruppen von Menschen ausschließen und sieht in strukturellen Verbesserungen den Schlüssel zum Erfolg.

Wenngleich Abolitionismus kein fertiges Konzept ist, und sich auch mit den besten Absichten neue gewaltvolle und nicht gesellschaftlich kontrollierte Strukturen bilden könnten, ist es aktuell notwendig, sich die Frage zu stellen:

In welcher Welt wollen wir leben?

Transformative Gerechtigkeit als praktische Alternative zur Polizei

von UmGäng-Herausgeber*innenkollektiv

Die Polizei, und auch benachbarte staatliche Institutionen wie Justiz und Knäste, Abschiebegefängnisse und Armutsverwaltung, bieten keine Hilfe und Sicherheit, sondern verschärfen Ungerechtigkeit weiter. Der Polizei fehlen schlicht die Fähigkeiten, um gewaltreduzierend in komplexe soziale Gefüge und eine omniprésente Gewaltkultur hineinzuwirken – und dies ist (historisch und gegenwärtig) auch nicht ihr Zweck. Dies ist der Grund, aus dem viele sozial unschädliche Handlungen poliziert und kriminalisiert werden (zum Beispiel das Existieren als Schwarze Person an öffentlichen Orten, Graffiti oder das Fahren ohne Fahrschein), während viele real schädliche Gewalt gegen Menschen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegt (etwa psychische Beziehungsgewalt und viele Fälle menschenfeindlicher Äußerungen und Handlungen). Auch wenn es zu einer Anzeige kommt, erhalten Betroffene zu oft keine relevante Unterstützung oder bekommen Recht. Eine polizeikritische Perspektive auf Kriminalität besteht also zum einen darin, die Kriminalisierung und Gewalt ganzer Gruppen, Orte und Handlungen zu bekämpfen. Zum anderen geht es um die Frage, wie Konflikte und Gewalt, die tatsächlicher Lösungen bedürfen, etwa (körperliche) Auseinandersetzungen, Konflikte oder (häusliche) Gewaltsituationen, gelöst werden können.

Hierauf bieten die Konzepte 'Transformative Justice' (Transformative Gerechtigkeit) und 'Community Accountability' (gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme) Antworten. Sie wurden Ende der 1990er Jahre von Schwarzen und indigenen Feminist*innen und Queers of Color in Nordamerika aus der Notwendigkeit heraus entwickelt, ohne den Staat, der selbst als Quelle von Gewalt und Isolation erlebt und identifiziert wurde, Gewalt im Zusammenleben zu bearbeiten und damit gleichzeitig

Das UmGäng-Kollektiv wird Anfang 2025 ein Handbuch Transformative Gerechtigkeit beim Unrast Verlag veröffentlichen (<https://unrast-verlag.de/produkt/handbuch-transformative-gerechtigkeit/>). Kontakt: umgaeng@supernormal.net

39 <http://criticalresistance.org/>, Zugriff am 27. Mai 2024. Gemeinsam mit INCITE! gab CR 2003 das maßgebliche 'Statement on Gender Violence and the Prison-Industrial Complex' heraus, in: *Social Justice*, 2003, Vol. 30, No. 3 (93), *The Intersection of Ideologies of Violence* (2003), S. 141-150

40 <https://www.generationfive.org/>, Zugriff am 27. Mai 2024. GenerationFIVE haben das Transformative Justice Handbook Ending Child Sexual Abuse herausgegeben, das online abrufbar ist unter <http://www.generationfive.org/wpcontent/uploads/2017/06/Transformative-Justice-Handbook.pdf>

41 Online in Englisch und Spanisch in voller Länge frei zugänglich unter <https://www.creativeinterventions.org/toolkit/>, Zugriff 27. Mai 2024.

42 Eine sehr ausführliche Sammlung wichtiger Dokumente aus dem US-Raum findet sich unter <https://transformharm.org/>, Zugriff 27. Mai 2024.

43 Übersetzt aus der Visualisierung von INCITE!, *Organizing for community accountability*, in: *Law Enforcement Violence Against Women of Color & Trans people of Color: A Critical Intersection of Gender Violence & State Violence*, S. 69, abrufbar unter <https://incite-national.org/wpcontent/uploads/2018/08/TOOLKIT-FINAL.pdf>, Zugriff 27. Mai 2024.

44 RESPONS Kollektiv: Was tun bei sexualisierter Gewalt? Handbuch für die Transformative Arbeit mit gewaltausübenden Personen, Unrast 2021. Die im Buch vorgeschlagenen Ansätze und Methoden lassen sich auch auf andere Gewaltformen und Konstellationen übertragen.

45 In deutscher Übersetzung verfügbar unter <https://www.transformativejustice.eu/wpcontent/uploads/2017/04/Das-Risikowagen.pdf>

46 Eine sehr ausführliche Materialsammlung mit vielen deutschsprachigen Texten findet sich unter <https://www.transformativejustice.eu/de/ressourcensammlung/>, Zugriff 27. Mai 2024.

auch langfristig vorzubeugen. An der Spitze dieser Bewegung standen Gruppen wie Critical Resistance ³⁹, CARA – Communities against Rape and Abuse, INCITE!, Sista!Sista sowie GenerationFIVE ⁴⁰, eine Gruppe, die speziell zum Abbau von Gewalt gegen Kinder und junge Erwachsene arbeitet und postuliert, dass diese Form der Gewalt innerhalb von fünf Generationen abgeschafft werden könnte. 'Creative Interventions' brachte zudem ein umfassendes Werk mit Methoden und konkreten Arbeitsschritten für die transformative Arbeit heraus ⁴¹. Diese Gruppen arbeite(te)n an der Schnittstelle der antirassistischen Bewegung und Schwarzen Bürgerrechtsbewegung, Bewegungen gegen Strafe, Knast und Polizei, sowie queeren und feministischen Kämpfen gegen Gewalt ⁴². Anstelle der repressiven und punktuellen Intervention der Polizei steht in der transformativen Arbeit die Kraft sozialer Beziehungen und kollektiver Wirkmacht. Hierfür schlägt die Gruppe INCITE! verschiedene Arbeitsgruppen vor ⁴³.

Im Zentrum stehen – anders als bei polizeilichen Interventionen und Strafjustiz – nicht die gewaltausübende Person, sondern diejenigen, die von Gewalt betroffen waren oder sind. Für sie Sicherheit, Handlungsfähigkeit und Heilung zu ermöglichen, sind die zentralen Ziele der Arbeit. Betroffenenunterstützung kann zum Beispiel ganz praktisch bedeuten, einen sicheren (Ausweich-)Raum zu organisieren, den Auszug einer gewaltbetroffenen Person und eventuell Kindern oder Haustieren aus einer bedrohlichen Wohnsituation, Wege zu Arbeitsplatz, Kindergarten oder Schule zu begleiten, Unterstützer*innen im Alltag zu mobilisieren, Begegnungen mit der Person, die Gewalt ausgeübt hat, zu organisieren oder zu verhindern, langfristig auf Autonomie von gewaltausübenden Personen hinzuwirken, bei der Suche nach Beratung und Therapie zu unterstützen, und auch, Erfahrungen selbstorganisiert und kollektiv zu bearbeiten – etwa Raum zu halten, um der betroffenen Person beim Berichten von Erfahrungen zuzuhören, gemeinsam zu lernen, Gewalt besser zu verstehen und eigenen Wahrnehmungen zu glauben. Das kann in Form eines Gesprächsraums unter betroffenen Personen über Gewalterfahrungen sein, denn oft erweist sich das Gespräch unter Menschen, die ähnliche Erfahrungen teilen, als bestärkend und unterstützend – oder auch von Unterstützer*innen getragene Arbeit wie zum Beispiel systemische Arbeit, Aufstellungsarbeit, die Arbeit mit Glaubenssätzen oder Innerem Team, körperzentrierte Methoden (Grounding, Achtsamkeitsübungen, Raumnahme / Selbstverteidigung), verschiedene Empowerment-Strategien oder Anderes, was in der jeweiligen Situation hilft.

Teil kollektiver Verantwortungsübernahme kann auch sein, die Person_en, die Gewalt ausgeübt hat_haben, in einem Prozess der Aufarbeitung und Veränderung zu begleiten. Hierbei helfen Anleitungen wie die von Creative Interventions oder dem deutschsprachigen RESPONS Kollektiv ⁴⁴. Kritische und zugleich empathische Be-

gleiter*innen können hier darauf hinwirken, dass Personen sich mit eigenen Handlungen, die Schaden (englisch: „harm“) verursacht haben, auseinandersetzen, entstandene Verletzungen anerkennen, und dafür Verantwortung annehmen. Im Gespräch sowie anderer methodischer Arbeit können einzelne Handlungsweisen und

zugrundeliegende Überzeugungen betrachtet und neue Handlungsweisen erlernt werden.

Klar ist: Weder der Prozess der Heilung von Gewalt noch das Ablegen gewaltvoller Handlungsweisen ist nach einem klar abgesteckten Zeitraum „fertig“. Es können aber Marker gesetzt und (realistische!) Ziele vereinbart werden, die vielleicht auch wieder (angstfreie) Begegnungen und ein in-community- Gehen der Beteiligten ermöglichen.

Teil kollektiver Verantwortungsübernahme ist auch, die strukturelle Komponente geschehener Gewalt in den Blick zu nehmen. Dazu gehört, auch die geteilte (politische) Kultur und das Gemeinschaftsleben eines Umfelds, in dem Gewalt geschehen ist, auf gewaltvolle und ausbeuterische Werte und Handlungsmuster hin zu überprüfen sowie die gesamtgesellschaftliche Dimension der Gewaltausübung Einzelner zu betonen – und

daher auch die Notwendigkeit, die Gesellschaft grundlegend zu verändern.

Transformativer Gerechtigkeit geht es weniger um spezifische Methoden oder Handlungsweisen – es handelt sich auch nicht um eine Checkliste, ein Heilsversprechen oder gar eine auslagerbare Dienstleistung – sondern um das kollektive commitment, Gewalt zu erkennen, betroffenen solidarisch zu handeln, selbstorganisiert und ohne Strafe darauf hinzuarbeiten, dass communities, also soziale Umfeldler, weiterexistieren können. Im Gegenteil können communities gestärkt und mit engeren Verbindungen zueinander aus kollektiven Prozessen hervorgehen, das entstandene kollektive Wissen, die Resilienz gewalterfahrener Personen ebenso wie die Veränderungsbereitschaft derer, die Verletzungen verursacht und Verantwortung dafür übernommen haben, als kollektive Resource verstehen.

Transformative Arbeit im deutschsprachigen Raum

Seit einigen Jahren sind transformative Konzepte auch im deutschsprachigen Raum angekommen. Arbeiten wie die Übersetzung 'Das Risiko wagen' von CARA ⁴⁵, das Toolkit 'Was macht uns wirklich sicher?' oder das 'Was tun bei sexualisierter Gewalt? Handbuch für die Transformative Arbeit mit gewaltausübenden Personen' waren hierfür ebenso grundlegend wie aktivistische Bildungsarbeit und Gespräche auf Camps, in Besetzungen und linken Zentren und an Küchentischen ⁴⁶. Die dabei erfolgten Übersetzungs- und Lokalisierungsarbeiten gilt es weiterzuführen, und transformative Ideen und Praxen in den Kontext der europäischen wie auch der deutschen Geschichte und Gegenwart einzufügen. Wichtige Ergänzungen aus Perspektive Transformativer Gerechtigkeit sind dabei der Blick auf die Verschränktheit von staatlicher und zwischenmenschlicher Gewalt sowie die Ablehnung staatlicher und institutionalisierter 'Hilfe'. Transformative Gerechtigkeit und Verantwortungsübernahme sind auch alltägliche Praxen, die jede*r im Hier und Jetzt umsetzen kann: unsere Bindungen untereinander stärken, einander im Alltag Hilfe leisten, Konflikte untereinander schlichten und lösen lernen, solidarische Kritik üben und eigene Vermeidungsstrategien erkennen lernen, Hierarchien abbauen, bei (Polizei-) Gewalt einschreiten, für Betroffene Partei ergreifen, Solidarität organisieren. Uns über die vielfältigen Wirkungsweisen herrschaftlicher Gewalt (weiter-) bilden und uns zusammentun. So kann durch kleine Schritte der Weg bereitet werden für eine Welt, in der alle frei und ohne Angst leben können.

Unsere Forderungen

Wir fordern ein Ende der Diskriminierung und Unterdrückung durch Polizeiarbeit in der Dortmunder Nordstadt, unabhängig davon, ob diese rassistisch, sexistisch, klassistisch, querfeindlich, ableistisch, antisemitisch oder antiziganistisch motiviert ist!

Wir fordern die Abschaffung von lebensgefährlichen Waffen, wie Tasern und ein Ende der Kameraüberwachung!

Wir fordern, dass öffentliche Gelder anstatt in die weitere Militarisierung der Polizei, in dauerhafte Programme zur Sicherstellung einer gesundheitlichen, sozialen, bildungs- und wohnungspolitischen Versorgungsstruktur für die Bevölkerung fließen!

Wir fordern den Aufbau eines multiprofessionellen Kriseninterventionsteams, das analog zum RTW-Notrufsystem aufgebaut und finanziert wird!

Wir fordern, dass Konzepte, wie Transformative Justice in der Nordstadt umgesetzt werden, die eine wirkliche Solidarität und Selbstorganisation der Bewohner:innen der Nordstadt ermöglichen!

Wir fordern die Abschaffung der Wache Nord!

Defund the Police Dortmund

<https://defund-the-police.org/>

Wenn Du Gewalt oder Diskriminierung durch Beamt:innen der Wache Nord in Dortmund erfahren hast und Unterstützung suchst, schreib uns:

Es war später Abend in Dortmund. Der Polizeibeamte stand zwischen ihnen. Fünf Männer waren es insgesamt, die einen Kreis um ihn bildeten, und er in der Mitte. Wieder landete ein Schlag in seinem Gesicht. Florian M. – das ist der Name des Polizisten – hob instinktiv seine Hand, um sich zu schützen.

„Warum schlägst du mich?“ fragte er den Mann vor ihm. Die Antwort kam in ironischem Tonfall von der Seite: „Nein, das war ich, sei froh, dass das nicht meine Faust war.“ sagte einer der anderen.

Im Laufe der Nacht wird Florian M. ein weiteres Mal geschlagen und immer wieder beschimpft, bevor er schließlich laufen gelassen wird. Im Krankenhaus stellen die Ärzt*innen bei dem Polizeibeamten einen Bruch des Bodens seiner linken Augenhöhle fest. Der Anfang 30-Jährige hat einen abgebrochenen Zahn, aufgeplatzte Lippen und multiple Prellmarken im ganzen Gesicht.

Als die Geschichte von Florian M. publik wird geht ein Aufschrei durch die Republik. Die Tagesschau berichtet über den Fall, Solidaritätsbekundungen werden in den sozialen Medien tausendfach geteilt, Politiker*innen zeigen sich schockiert und es wird darüber diskutiert, wie diese Gewalt in Zukunft verhindert werden kann. Innenminister Herbert Reul verspricht dafür weitere Aufrüstungen und er erweitert – Berlin zum Vorbild nehmend – die Befugnisse der Polizei:

Nun dürfen auch in NRW Polizist*innen in Zivil eine Pistole mit sich führen.

Sie sind schockiert, das zu lesen? Ich kann sie beruhigen. Das hat so nicht stattgefunden. Der Polizist Florian M. ist erfunden.

Tatsächlich war es eine Frau – Sabine S. – die von fünf Polizisten im Frühjahr 2022 beleidigt und geschlagen worden war.

Ihr wurden diese Verletzungen zugefügt.

Sie war es, die bei dieser Polizeiarbeit, die in der Wache Nord in Dortmund stattgefunden hat, immer wieder misogyn beschimpft wurde.

Bei ihr stellten die Ärzt:innen am nächsten Morgen die oben beschriebenen Verletzungen – den abgebrochenen Zahn, die aufgeplatzte Lippen, die multiple Prellmarken im ganzen Gesicht und den Bruch des Bodens ihrer linken Augenhöhle – fest.

Gegen sie wurde im Nachgang eine Strafanzeige wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte gestellt.

Überrascht? Schockiert?

Nein?

Nun, dann sind Sie vermutlich eine person of colour, obdachlos, eine FLINTA, linke Nordstädter:in oder gehören zu einer anderen der durch diese Polizeiwilkkür bevorzugten Opfergruppen.

Was Sabine S. widerfahren ist, fand in der Dortmunder Polizeiwache Nord statt, ein berüchtigter, über die Stadtgrenze hinaus bekannter Ausgangspunkt willkürlicher Kontrollen, Schikanen und verbaler sowie physischer Angriffe durch die Polizei. Die meisten Betroffenen melden sich anders als Sabine S. gar nicht oder in Anonymität zu Wort.

Zu groß ist ihre Angst erkannt und Ziel von Repressionen zu werden.

Nur ein ,Einzelfall'?

Im Jahr 2026 wird die Wache Nord in ein neues, 60 Meter hohes Gebäude auf der Münsterstraße einziehen. Dies bedeutet für die Bewohner*innen der Nordstadt nicht nur eine massive Aufstockung der Polizeibeamt*innen, sondern vor allem mehr Polizeikontrollen und -gewalt. Dieser Reader stellt die historischen Hintergründe der Wache Nord und ihre Kontinuitäten bis hin die Gegenwart dar. Wir regen zum Nachdenken an und zeigen emanzipatorische Alternativen zur Polizei auf. Wir sagen JA zu Defund the Police und NEIN zur neuen Wache Nord!